

Hessische Rahmenvereinbarung nach §§ 78a ff. des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII)

vom 22.10.2001
zuletzt geändert am 03.09.2015
i.d.F. vom 01.01.2016

Hessische Rahmenvereinbarung nach §§ 78a ff. SGB VIII

Präambel

1. Abschnitt Rahmenbedingungen

- § 1 Gegenstand der Rahmenvereinbarung
- § 2 Gültigkeit und Beitritt
- § 3 Jugendhilfekommission
- § 4 *entfallen*
- § 5 Geschäftsstelle der Jugendhilfekommission
- § 6 Kündigung, Fristen

2. Abschnitt Einzelvereinbarungen

2.1 Allgemeines

- § 7 Zuständigkeit für den Abschluss von Einzelvereinbarungen
- § 8 Regelleistungen
- § 9 Verfahren
- § 10 Vereinbarungszeitraum

2.2 Leistungsvereinbarung

- § 11 Inhalt
- § 12 Personalschlüssel / Qualifikation

2.3 Qualitätsentwicklungsvereinbarung

- § 13 Inhalt

2.4 Entgeltvereinbarung

- § 14 Inhalt und Verfahren
- § 15 Fortschreibung der Entgeltvereinbarung
- § 16 Gültigkeit von Tarif oder Einzelvereinbarung
- § 17 Zahlung der Entgelte
- § 18 Regelungen bei Beginn, Beendigung und Wechsel
- § 19 Regelungen bei Abwesenheit

3. Abschnitt Weitere Vereinbarungen

- § 20 Zusatzleistungen
- § 21 Nebenleistungen

Anlagen

1. Leistungsvereinbarung
2. Qualitätsentwicklungsvereinbarung
3. Entgeltvereinbarung
4. Tarifiermittlung (Vordruck)
5. Beispiel für die Kalkulation einer Fachleistungsstunde ausschließlich als Zusatzleistung im Rahmen stationärer und teilstationärer Leistungen
6. Nebenleistungen (Empfehlungen)

* Nebenleistungen (Empfehlungen) in der jeweiligen Fassung des von den Kommunalen Spitzenverbänden beschlossenen Leistungskatalogs

Hessische Rahmenvereinbarung nach §§ 78a ff. SGB VIII

zwischen dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Landkreistag und den in der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbänden sowie den Vereinigungen der sonstigen Leistungserbringer auf Landesebene

Präambel

Die vom Hessischen Städtetag und dem Hessischen Landkreistag, im folgenden kommunale Spitzenverbände genannt, und der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen sowie den Vereinigungen der sonstigen Leistungserbringer gemäß §§ 78a ff SGB VIII auf Landesebene getroffene Rahmenvereinbarung findet ihren Ursprung in der gegenseitigen Achtung als Partner für eine gemeinsame, verpflichtende Aufgabe. Die zum Wohle der Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen im Lande Hessen getroffene Rahmenvereinbarung soll dazu beitragen, die Hilfen im Sinne des SGB VIII zu verwirklichen.

1. Abschnitt

Rahmenbedingungen

§ 1 Gegenstand der Rahmenvereinbarung

Für den Anwendungsbereich der §§ 78a ff. SGB VIII regelt diese Rahmenvereinbarung für die in § 8 aufgeführten Regelleistungen die Grundsätze und Verfahren für die Einzelvereinbarungen von Leistung, Qualitätsentwicklung und Entgelt.

§ 2 Gültigkeit und Beitritt

- (1) Diese Rahmenvereinbarung gilt für die Träger von Einrichtungen und Diensten der abschlussbeteiligten Verbände, sonstigen Vereinigungen, Städte und Landkreise.
- (2) Sie ist gültig für die kreisfreien Städte, Sonderstatusstädte – soweit sie Träger der Jugendhilfe sind – und Landkreise als örtliche Jugendhilfeträger.
- (3) Alle sonstigen Träger der Jugendhilfe können ebenfalls dieser Rahmenvereinbarung durch schriftliche Erklärung gegenüber der Geschäftsstelle der Jugendhilfekommission beitreten.

§ 3 Jugendhilfekommission

- (1) Die Jugendhilfekommission trifft Vereinbarungen über die weitere Ausgestaltung der Rahmenvereinbarung und die Tarife.
- (2) Die Jugendhilfekommission setzt sich zusammen aus:
vier Vertretern der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen,
zwei Vertretern der Vereinigungen der sonstigen Leistungserbringer einerseits,
drei Vertretern des Hessischen Städtetages und
drei Vertretern des Landkreistages andererseits.
Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu benennen.
- (3) Die Jugendhilfekommission wählt aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/n für zwei Jahre. Alle zwei Jahre findet ein Wechsel zwischen den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und den Leistungserbringern statt.
- (4) Die Jugendhilfekommission ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Vertreter der Leistungserbringer und drei Vertreter der Träger der öffentlichen Jugendhilfe anwesend sind.
Beschlüsse müssen, unbeschadet der Möglichkeiten der Stimmenthaltung, einstimmig gefasst werden. Sie sind in einem Protokoll festzuhalten.
Änderungswünsche zu Protokollen der Jugendhilfekommission sind in einer Frist von vier Wochen nach Eingangsdatum des Protokolls bei den jeweiligen Geschäftsstellen an die Geschäftsstelle der Jugendhilfekommission zu richten. Über die Änderungswünsche wird in der nächsten Jugendhilfekommissionssitzung entschieden.

- (5) Die Jugendhilfekommission hat kein Außenvertretungsrecht.
- (6) Die Jugendhilfekommission hat das Recht, zu ihren Sitzungen Sachverständige und Gäste ohne Stimmrecht hinzuzuziehen und Arbeitsgruppen zu bilden.

§ 4 ((entfallen))

§ 5 Geschäftsstelle der Jugendhilfekommission

- (1) Die organisatorische Vorbereitung und Abwicklung der Tätigkeit der Gremien nach dieser Rahmenvereinbarung wird einer Geschäftsstelle nebenamtlich übertragen, deren Kosten die Vereinbarungspartner anteilig tragen.
- (2) Geschäftsführung und Geschäftsgang der Jugendhilfekommission können in einer Geschäftsordnung geregelt werden.

§ 6 Kündigung, Fristen

Jede Vereinbarungspartei kann die Rahmenvereinbarung mit einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Kalenderjahres durch schriftliche Erklärung gegenüber den Vereinbarungspartnern kündigen.

2. Abschnitt

Einzelvereinbarungen

2.1 Allgemeines

§ 7 Zuständigkeit für den Abschluss von Einzelvereinbarungen

Auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung werden zwischen dem örtlichen Träger der Jugendhilfe und den in seinem Zuständigkeitsbereich gelegenen Einrichtungen und Diensten, die Leistungen anbieten, Einzelvereinbarungen über Leistungsangebote, Qualitätsentwicklung und Entgelte getroffen.

§ 8 Regelleistungen

- (1) Für Hilfearten nach Absatz 2-16 werden Regelleistungen vereinbart.
- (2) Jugendsozialarbeit (§ 13. 3 SGB VIII)
- (3) Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19 SGB VIII)
- (4) Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21 Satz 2 SGB VIII)
- (5) Hilfe zur Erziehung; sozialpädagogische begleitete Berufsausbildung (§ 27.3 im Sinne von § 13.2 SGB VIII)
- (6) Hilfe zur Erziehung; Soziale Gruppenarbeit (§ 27 i.V. mit § 29 SGB VIII)
- (7) Hilfe zur Erziehung; Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer (§ 27 i.V. mit § 30 SGB VIII)
- (8) Hilfe zur Erziehung; Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 27 i.V. mit § 31 SGB VIII)
- (9) Hilfe zur Erziehung; Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 27 i.V. mit § 32 SGB VIII)
- (10) Hilfe zur Erziehung; Vollzeitpflege (Hier sind ausschließlich besondere Formen der Familienpflege gemeint) (§ 27 i.V. mit § 33 Satz 2 SGB VIII)
- (11) Hilfe zur Erziehung; Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform (§ 27 i.V. mit § 34 SGB VIII)
- (12) Hilfe zur Erziehung; Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 27 i.V. mit § 35 SGB VIII)
- (13) Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII)

- (14) Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung (§ 41 SGB VIII)
- (15) Andere Aufgaben der Jugendhilfe: Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)
- (16) Schule bei Hilfen zur Erziehung – Schule (§ 27 SGB VIII z.B. i.V.m. § 13 SGB VIII)
- (17) Sonstige Hilfen zur Erziehung (§ 27 SGB VIII)

§ 9 Verfahren

- (1) Die Übernahme des Leistungsentgelts durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe setzt den Abschluss von Einzelvereinbarungen voraus über:
 - 1. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungsangebote (Leistungsvereinbarung) gemäß § 11 bis § 12 dieser Rahmenvereinbarung,
 - 2. Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (Qualitätsentwicklungsvereinbarung) gemäß § 13 dieser Rahmenvereinbarung und
 - 3. differenzierte Entgelte für die Leistungsangebote und betriebsnotwendigen Investitionen (Entgeltvereinbarung) gemäß § 14 bis § 19 dieser Rahmenvereinbarung.

Die Einzelvereinbarungen werden jeweils für ein Kalenderjahr vereinbart, soweit die Beteiligten nicht einen davon abweichenden Zeitraum wählen.

- (2) Die Einzelvereinbarungen müssen nach sechs Wochen abgeschlossen sein. Die Sechs-Wochenfrist beginnt mit der schriftlichen Benennung der abzuschließenden Einzelvereinbarungen unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen (wie z.B. Entwurf einer Leistungsvereinbarung gemäß Anlage 1, Kalkulationsblatt gemäß Anlage 3, Stellenplan mit prospektiver Personalkalkulation gegliedert nach Funktionsbereichen, Anlagenverzeichnis mit Abschreibungsplan).
- (3) Kommt eine Einzelvereinbarung nach Abs. 1 innerhalb von sechs Wochen nicht zustande, nachdem eine Partei schriftlich zu Verhandlungen aufgefordert hat, so entscheidet die Schiedsstelle auf Antrag einer Partei unverzüglich über die Gegenstände, über die keine Einigung erreicht werden konnte. Gegen die Entscheidung ist der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten gegeben.

§ 10 Vereinbarungszeitraum

- (1) Die Einzelvereinbarungen nach § 9 Abs. 1 sind für einen zukünftigen Zeitraum (Vereinbarungszeitraum) abzuschließen. Nachträgliche Ausgleichs sind nicht zulässig.
- (2) Bei unvorhersehbaren wesentlichen Veränderungen der Annahmen, die den Entgeltvereinbarungen zugrunde lagen, sind die Einzelvereinbarungen auf Verlangen einer Vertragspartei für den laufenden Vereinbarungszeitraum neu zu verhandeln.
- (3) Bei einvernehmlich vereinbarten strukturellen Veränderungen sind die Einzelvereinbarungen auf Verlangen einer Vertragspartei für einen zukünftigen Zeitraum prospektiv neu zu verhandeln.
- (4) Die Einzelvereinbarungen treten zu dem darin bestimmten Zeitpunkt in Kraft. Wird ein Zeitpunkt nicht bestimmt, so werden die Einzelvereinbarungen mit dem Tage des Abschlusses wirksam. Eine Einzelvereinbarung, die vor diesen Zeitpunkt zurückwirkt, ist nicht zulässig; dies gilt nicht für Einzelvereinbarungen vor der Schiedsstelle für die Zeit ab Eingang des Antrages bei der Schiedsstelle. Nach Ablauf des Vereinbarungszeitraums gelten die vereinbarten Einzelvereinbarungen bis zum Inkrafttreten neuer Einzelvereinbarungen weiter.

2.2 Leistungsvereinbarung

§ 11 Inhalt

- (1) Die Leistungsvereinbarung muss die wesentlichen Leistungsmerkmale festlegen, insbesondere
1. Art, Ziel und Qualität des Leistungsangebotes,
 2. den in der Einrichtung zu betreuenden Personenkreis,
 3. die erforderliche sächliche und personelle Ausstattung,
 4. die Qualifikation des Personals sowie
 5. die betriebsnotwendigen Anlagen der Einrichtung.
 6. Bundeskinderschutzgesetz
 - a) Prävention / Kinderschutz, §§ 8a, 79a SGB VIII
 - b) Beteiligungsrechte, §§ 8, 45 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII
 - c) Qualitätsverfahren, § 45 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII
 7. Arbeitssicherheit, Gesundheit, Hygiene (z. B. Arbeitssicherheitsgesetz, Infektionsschutzgesetz, Lebensmittelhygieneverordnung, Allergenkennzeichnungspflicht etc.).

In die Leistungsvereinbarung ist aufzunehmen, unter welchen Voraussetzungen der Träger der Einrichtung sich zur Erbringung von Leistungen verpflichtet. Der Träger muss gewährleisten, dass die Leistungsangebote zur Erbringung von Leistungen nach § 8 Abs.1 geeignet sowie ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sind.

- (2) Die Leistungsvereinbarung definiert die Leistungen, die für alle jungen Menschen regelhaft erbracht werden.

Es wird empfohlen, die Leistungsvereinbarung gemäß Anlage 1 dieser Rahmenvereinbarung abzuschließen.

§ 12 Personalschlüssel / Qualifikation

Bei den Personalschlüsseln handelt es sich um Richtwerte.

Im Einzelfall können die Richtwerte auch abweichend verhandelt werden, sofern das Leistungsangebot eine andere personelle Ausstattung erforderlich macht. Die Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte ergibt sich aus den Richtlinien für (teil-)stationäre Einrichtungen in Hessen, die gemäß § 45 Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) – Kinder- und Jugendhilfe – einer Betriebserlaubnis bedürfen (außer Tageseinrichtungen für Kinder) und wird in der Leistungsvereinbarung gemäß Anlage 1 vereinbart.

Die Beschäftigung von BerufspraktikantInnen (PraktikantInnen im Anerkennungsjahr oder Ähnliches) kann vereinbart werden. Die Stellenanteile werden grundsätzlich mit 0,5 Vollzeitäquivalenten in den Stellenschlüsseln berücksichtigt. Die Tätigkeit sonstiger PraktikantInnen kann vereinbart werden.

- (1) Jugendsozialarbeit (§ 13. 3 SGB VIII)

Leistungen für Betreuung und Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform

- pädagogische Fachkräfte; Personalschlüssel nach Vereinbarung

(2) gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19 SGB VIII)

Hierfür sind Regelungen analog der Betreuung gemäß § 12 Abs. 10 lit a) bis c) dieser Rahmenvereinbarung zu treffen (Regelversorgung bei Hilfen zur Erziehung). Mutter/Vater-Kind (auch Schwangere) werden als pädagogische Einheit betrachtet, für die ein gemeinsames Entgelt vereinbart wird. Bei weiteren Kindern wird das Entgelt angepasst.

(3) Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21 Satz 2 SGB VIII)

Hierfür sind Regelungen analog der Betreuung gemäß § 12 Abs. 10 dieser Rahmenvereinbarung zu treffen (Regelversorgung bei Hilfen zur Erziehung).

(4) Hilfe zur Erziehung; sozialpädagogisch begleitete Berufsausbildung (§ 27.3 im Sinne von § 13.2 SGB VIII)

Pädagogische Fachkräfte, Ausbildungsmeister und Ausbilder mit Eignungsprüfung

- Personalschlüssel nach Vereinbarung

(5) Hilfe zur Erziehung; Soziale Gruppenarbeit (§ 27 i.V. mit § 29 SGB VIII)

- pädagogische Fachkräfte; Personalschlüssel nach Vereinbarung

(6) Hilfe zur Erziehung; Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer (§ 27 i.V. mit § 30 SGB VIII)

- pädagogische Fachkräfte; Personalschlüssel nach Vereinbarung

(7) Hilfe zur Erziehung; Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 27 i.V. mit § 31 SGB VIII)

- pädagogische Fachkräfte; Personalschlüssel nach Vereinbarung

(8) Hilfe zur Erziehung; Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 27 i.V. mit § 32 SGB VIII)

- pädagogische Fachkräfte von 1:2,0 bis 1:5,0 Personen bezogen auf die Öffnungszeit

(9) Hilfe zur Erziehung; Vollzeitpflege (§ 27 i.V. mit § 33 Satz 2 SGB VIII)

- pädagogische Fachkräfte; Personalschlüssel nach Vereinbarung

(10) Hilfe zur Erziehung; Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform (§ 27 i.V. mit § 34 SGB VIII)

a) Heimerziehung mit Tag- und Nachtbetreuung

- pädagogische Fachkräfte 1:1,8 bis 1:2,0 Personen

b) Heimerziehung in betreuten Wohnformen (Verselbständigungsgruppen)

- pädagogische Fachkräfte: 1:2,0 bis 1:4,0

c) sonstige betreute Wohnformen

- pädagogische Fachkräfte: Personalschlüssel nach Vereinbarung

- (11) Hilfe zur Erziehung; Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 27 i.V. mit § 35 SGB VIII)
- pädagogische Fachkräfte von 1:1 bis 1:2 Personen
- (12) Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII)
Die Personalschlüssel/ Qualifikation orientieren sich an den Absätzen 1 bis 11 des § 12 dieser Rahmenvereinbarung
- (13) Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung (§ 41 SGB VIII)
Die Personalschlüssel / Qualifikation orientieren sich an den Absätzen 1 bis 11 des § 12 dieser Rahmenvereinbarung.
- (14) Unterbringung im Rahmen der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII):
- pädagogische Fachkräfte: Personalschlüssel nach Vereinbarung
- (15) Schule bei Hilfen zur Erziehung – Schule (§ 27 SGB VIII z.B. i.V.m. § 13 SGB VIII)
Finanzierungsregelungen über den Eigenanteil gemäß Ersatzschulfinanzierungsgesetz. Zusätzliche pädagogische Leistungen nach Vereinbarung.
- (16) Sonstige Hilfen zur Erziehung (§ 27 SGB VIII)
- nach Vereinbarung
- (17) Sonstige Dienste – Medizinisch / Therapeutisches Personal

Personal für übergreifende Dienste und medizinisch / therapeutisches Personal, deren Leistungen regelhaft allen jungen Menschen in der Einrichtung zugute kommen: nach Vereinbarung

- (18) Leitung, Verwaltung, Hauswirtschaft und Technischer Dienst

Für Leitung, Verwaltung, Hauswirtschaft und Technischer Dienst der unter Absätzen 1-16 genannten Regelleistungen sind örtliche Vereinbarungen zu treffen.

Als Anhaltswert oder als Pauschale können hierfür folgende Werte zugrunde gelegt werden:

Leitung: 7,5-10 % der Personalkosten, auf die sich die Leitung bezieht, außer den Kosten für Leitung, Verwaltung und technischer Dienst.

Verwaltung: 7,5-10 % der Personalkosten, auf die sich die Verwaltung bezieht, außer den Kosten der Leitung, Verwaltung und technischer Dienst.

Hauswirtschaft: Personalschlüssel nach Vereinbarung

Technischer Dienst: Personalschlüssel nach Vereinbarung

2.3 Qualitätsentwicklungsvereinbarung

§ 13 Inhalt

- (1) Die Qualitätsentwicklungsvereinbarung enthält Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität des Leistungsangebotes sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung.
- (2) Zielrichtung ist die Betrachtung und Optimierung des Leistungsangebotes (Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität). Grundlage hierfür sind die Summe der Einzelfallverläufe und die sie beeinflussenden institutionellen Merkmale (siehe Leistungs- und Entgeltvereinbarung).
- (3) Es wird empfohlen, die Qualitätsentwicklungsvereinbarung gemäß Anlage 2 dieser Rahmenvereinbarung abzuschließen.

2.4 Entgeltvereinbarung

§ 14 Inhalt und Verfahren

- (1) Die Entgelte müssen leistungsgerecht sein. Grundlage der Entgeltvereinbarung sind die in der
- Leistungsvereinbarung nach § 11 bis § 12 und
 - Qualitätsentwicklungsvereinbarung nach § 13 festgelegten Leistungs- und Qualitätsmerkmale.

Die Entgelte müssen differenziert für die Leistungsangebote und betriebsnotwendigen Investitionen vereinbart werden.

Eine Erhöhung der Vergütung von Investitionen kann nur dann verlangt werden, wenn der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe der Investitionsmaßnahme vorher zugestimmt hat. Förderungen aus öffentlichen Mitteln sind anzurechnen.

- (2) Auf der Grundlage des Absatzes 1 wird das Entgelt als Tagessatz für die Regelleistungen gemäß § 8 dieser Rahmenvereinbarung ermittelt. Anstelle eines Tagessatzes kann auch ein pauschales Entgelt (Budget) vereinbart werden.
- (3) Das Kalkulationsblatt ist die Grundlage für die Entgeltforderung der Einrichtung oder Dienstes. Form und Inhalt des Kalkulationsblattes mit Erläuterungen sind entsprechend der Rahmenvereinbarung in Anlage 3 zwischen den Vertragspartnern festgelegt.

Zur Prüfung der Angemessenheit des Aufwandes wird auf die Erläuterungen zum Kalkulationsblatt in Anlage 3 verwiesen.

- (4) Bei voll- und teilstationären Leistungsangeboten ist in der Regel eine Auslastungsquote von mindestens 95 % zu vereinbaren. Abweichende Vereinbarungen können getroffen werden.

§ 15 Fortschreibung der Entgeltvereinbarung

- (1) Für die Fortschreibung der Entgeltvereinbarungen wird bis zum 30. September des laufenden Jahres ein Tarif für das Folgejahr von der Jugendhilfekommission festgelegt.
- (2) Für die Ermittlung des Tarifs werden die Kostensteigerungen des laufenden Jahres zugrunde gelegt und verhandelt:

Sachkosten: Verbraucherpreisindex in Hessen zwei Monate vor Tarifabschluss (Stand 31/7).

Personalkosten: Veränderungen der Personalkosten des laufenden Jahres entsprechend der Regelung des öffentlichen Dienstes für den Kommuntarif und gemäß der gesetzlichen Bestimmungen.

§ 16 Gültigkeit von Tarif oder Einzelvereinbarung

- (1) Die vereinbarten Entgelte sind sowohl für die Einrichtungsträger als auch für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe verbindlich (siehe auch § 78b Abs.1 SGB VIII).
- (2) Die vereinbarte Entgeltregelung gilt fort, bis eine tarifliche Erhöhung oder eine neue Einzelvereinbarung zustande kommt.
- (3) Der bis zum 30. September des laufenden Jahres festgelegte Tarif ist bindend für die Fortschreibung der Entgeltvereinbarung im Rahmen der jeweiligen Einzelvereinbarung für das Folgejahr.
- (4) Einzelvereinbarungen im Sinne des § 10 Abs. 3 sind unabhängig von der Anwendung des Tarifs möglich.
- (5) Soll die tarifliche Erhöhung nicht angewendet werden, ist dies bis zum 31. Oktober des laufenden Jahres dem jeweiligen Vereinbarungspartner (Einrichtungsträger oder örtlicher Jugendhilfeträger) mitzuteilen. Danach kann das Verfahren gemäß § 9 dieser Rahmenvereinbarung eingeleitet werden.

§ 17 Zahlung der Entgelte

- (1) Die Entgelte sind jeweils für einen Kalendermonat zu berechnen. Als Fälligkeitsdatum gilt der letzte Tag des Monats, für den die Rechnung erstellt wird. Die Rechnungsstellung kann im Voraus erfolgen.
- (2) Liegen zwischen Rechnungseingang beim Träger der öffentlichen Jugendhilfe und Zahlungseingang beim Leistungserbringer mehr als vier Wochen, werden pro angefangenem Monat Verzugszinsen auf die Rechnungssumme fällig. Die Höhe des Zinssatzes wird von der Jugendhilfekommission festgelegt.
- (3) Dies gilt entsprechend auch für Nachzahlungen.

Eine andere Zahlungsweise, z. B. mit Hilfe von Abschlagszahlungen, kann vereinbart werden.

§ 18 Regelungen bei Beginn, Beendigung und Wechsel

- (1) Beginn- und Beendigungstag zählen jeweils als ein Abrechnungstag.
- (2) Bei einem Wechsel der Einrichtung / des Dienstes berechnet sowohl die abgebende als auch die aufnehmende Einrichtung / Dienst 50 % des jeweiligen Tagessatzes.

§ 19 Regelungen bei Abwesenheit

- (1) Soweit die Leistungen der Einrichtung vorübergehend wegen Beurlaubung, Krankenhaus- oder Kuraufenthalt, Verbüßung von Jugendarrest oder Entweichung nicht in Anspruch genommen werden, kann das vereinbarte Entgelt bzw. das Abwesenheitsentgelt für bis zu 42 Tage pro jungen Menschen und Kalenderjahr weiterberechnet werden. Im Hilfeplan festgelegte Abwesenheiten werden bei der unter § 19 Abs. 1 Satz 1 der Rahmenvereinbarung genannten Frist nicht berücksichtigt. Auf Entweichungen dürfen dabei nicht mehr als 21 Tage entfallen. Voraussetzung für die Weitergewährung des Entgeltes bzw. des Abwesenheitsentgeltes ist, dass der Platz in der Einrichtung tatsächlich freigehalten wird. Die Abwesenheit beginnt mit dem Tag, an dem das Mittagessen nicht mehr eingenommen wird. Sie endet mit dem Tag, der der Wiedergewährung des Mittagessens voran geht.
- (2) In begründeten Einzelfällen (z. B. Krankenhaus, Kuraufenthalt, Verbüßung von Jugendarrest, Entweichung) kann das Abwesenheitsentgelt über die Dauer von 42 Tagen hinaus gewährt werden. Anträge müssen jedoch rechtzeitig vor Ablauf der Frist begründet werden. Werden die kalenderjährlich festgelegten Höchstwerte überschritten, ohne dass vorher die Veränderung rechtzeitig begründet worden ist, kann die Überschreitung der Frist nachträglich nur dann genehmigt werden, wenn eine vorherige Antragstellung unmöglich war.
- (3) Bei einem Wechsel der Einrichtung dürfen abgebende und aufnehmende Einrichtungen bei Abwesenheit des Bewohners insgesamt das Entgelt im Umfang der unter Abs. 1 genannten Fristen abrechnen. Die abgebende hat der aufnehmenden Einrichtung die im Kalenderjahr bereits angefallenen Abwesenheitstage mitzuteilen.
- (4) Die Einrichtungen führen eine Belegungsstatistik, in der für jeden Hilfeempfänger die Anwesenheits- und Abwesenheitstage aufgeführt werden. Der Kostenträger ist zu einer Überprüfung berechtigt.
- (5) Bei einer Abwesenheit von bis zu drei Tagen aus einem der in Absatz 1 genannten Anlässe wird das kalendertägliche Entgelt in voller Höhe gezahlt. Bei einer Beurlaubung von bis zu drei Tagen ist dem jungen Menschen für jeden Tag der Abwesenheit ein Verzehrgeld in Höhe des in der Entgeltvereinbarung ausgewiesenen Nahrungsmittelsatzes durch den Leistungserbringer auszuführen, soweit sich der junge Mensch während der Abwesenheit selbst versorgen muss. Von der Selbstversorgung wird regelhaft bei einer Familienheimfahrt ausgegangen. Bei einer Abwesenheit von mehr als drei Tagen wird ab dem 4. Tag ein Abwesenheitsentgelt in Höhe von 90 % des kalendertäglichen Entgeltes gezahlt. Ab dem 4. Abwesenheitstag übernimmt grundsätzlich der Leistungsträger die Auszahlung des Verzehrgeldes in Höhe des in der Entgeltvereinbarung ausgewiesenen Nahrungsmittelsatzes. Abweichend hiervon kann auf den Abschlag in Höhe von 10 % verzichtet werden. In diesem Fall übernimmt der Leistungserbringer die Auszahlung des Verzehrgeldes in Höhe des in der Entgeltvereinbarung ausgewiesenen Nahrungsmittelsatzes.
- (6) § 19 Abs. 1 bis 5 gelten für stationäre Einrichtungen nach § 34 SGB VIII. Für ambulante und teilstationäre Hilfen werden abweichende Regelungen zu den Absätzen 1 bis 5 getroffen.

3. Abschnitt

Weitere Vereinbarungen

§ 20 Zusatzleistungen

Ergänzend zu den verschiedenen Regelleistungen können entsprechend den Vereinbarungen im Hilfeplan pädagogische und / oder therapeutische Zusatzleistungen in Anspruch genommen werden. Die Kosten hierfür werden dem fallzuständigen Jugendamt in Form von Fachleistungsstunden gemäß Anlage 5 Pauschalen oder Tagessätze berechnet.

§ 21 Nebenleistungen

Neben den Entgelten werden materielle Hilfen entsprechend den als Anlage 7 beigefügten "Empfehlungen zur Gewährung von Nebenleistungen" gewährt. Die Empfehlungen werden von den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet und festgelegt.

§ 22 Inkrafttreten

Die Vereinbarung tritt am 01.01.2002 in Kraft. Die Änderungen in § 4, § 9 Abs. 1 und 2, § 11 Abs. 1, § 12 Abs. 2, 14 und 17, § 19 und bzgl. Anlagen 1 und 5 (neu) treten in der am 03.09.2015 beschlossenen Fassung am 01.01.2016 in Kraft.

Wiesbaden, den 21.12.2015

Hessischer Städtetag

Gieseler
(Geschäftsführender Direktor)

Liga der freien Wohlfahrtspflege
In Hessen

Przibilla
(Vorsitzender)

Hessischer Landkreistag

Dr. Hilligardt
(Geschäftsführender Direktor)

Für die sonstigen Träger

Rindfleisch-Jantzon

Reinicke

Gliederung der Anlagen:

1. Leistungsvereinbarung gemäß §§ 78a ff. SGB VIII und der „Hessischen Rahmenvereinbarung“ (Erprobungsanlage in den Jahren 2016 und 2017)
Anhang: ausgesetzte Leistungsvereinbarung mit Arbeitshilfe
2. Qualitätsentwicklungsvereinbarung
3. Entgeltvereinbarung mit Kalkulationsblatt und Erläuterungen
4. Tarifiermittlung (Vordruck) mit beispielhafter Berechnung
5. Beispiel für die Kalkulation einer Fachleistungsstunde ausschließlich als Zusatzleistung im Rahmen stationärer und teilstationärer Leistungen
6. Nebenleistungen*

* Nebenleistungen (Empfehlungen) in der jeweiligen Fassung des von den Kommunalen Spitzenverbänden beschlossenen Leistungskatalogs

Anlage 1 in der Erprobung (01.01.2016-31.12.2017)

Beschluss der Jugendhilfekommission vom 03.09.2015:

Die Jugendhilfekommission beschließt

- *die Aussetzung der bestehenden Anlage 1 einschließlich der Arbeitshilfen,*
- *bekräftigt ihren Beschluss vom 24.11.2011 und*
- *setzt die Modellphase mit folgender Erprobungsanlage für 2 Jahre in Gang.*

Im Anschluss an die Erprobung wird die Jugendhilfekommission erneut über die Anlage 1 beraten (Frühjahr 2018).

Wortlaut der Erprobungsanlage:

Leistungsvereinbarung

gemäß §§ 78a ff. SGB VIII und der „Hessischen Rahmenvereinbarung“

Zwischen

**Öffentlicher Träger der Jugendhilfe
und**

Leistungserbringer

Trägerart

Trägergruppe oder Dachverband

Name und Anschrift der Einrichtung

Name und Anschrift des Ortes der Erbringung des Leistungsangebotes (sofern abweichend)

1. Ziele des Leistungsangebotes / Leistungsart gem. § 8 Hess. Rahmenvereinbarung

2. Zielgruppe für das Leistungsangebot

2.1. Notwendige Ressourcen (optional)

2.2. Ausschlüsse

3. Strukturdaten des Leistungsangebotes

3.1. Platzzahl, Anzahl der Gruppen; Gruppengröße(n), Betreuungskapazität (ambulant)

3.2. Personelle Ausstattung (Stellenumfang -VZÄ- und Qualifikation/Funktion, Personalschlüssel gem. §§ 11, 12 RV):

3.2.1. päd. Fachkräfte

3.2.2. Hauswirtschaft

3.2.3 Leitung

3.2.4. Verwaltung

3.2.5. Technischer Dienst

3.2.6 Sonstige Dienste

übergreifende Dienste wie z.B. psychologischer Dienst etc., ggf. Einbindung in den gesamten Trägerbereich

Regelung zu Supervision und Fortbildung

3.3. Einbindung des Angebots in die Trägerstruktur

Angaben zu Dienst- und Fachaufsicht, ggf. zentralen Diensten

3.4. Sächliche Ausstattung und betriebsnotwendige Anlagen

3.4.1. Gebäude, ggf. Nebengebäude, Außenanlage

Eigentum oder Mietobjekt, Baujahr, baulicher Zustand, Gesamtgröße des Areals

3.4.2. Betreuungs- und Funktionsbereich

Anzahl, (Gesamt-)Größe und (Grund-)Ausstattung der Räumlichkeiten des Betreuungs- und Funktionsbereichs

3.4.3. besondere Ausstattungsmerkmale

3.4.4. Fuhrpark, Fahrdienst

3.5. Standortaspekte

Lagebeschreibung, Verkehrsanbindungen, Infra- und Angebotsstruktur im Umfeld

3.6 Sonstiges

4. Konkretisierung der Leistung

4.1. Betreuungssetting

Aussagen zu Öffnungs- und Schließungszeiten, Schlüsselprozesse, Aufsichtspflicht, Alltags- und Freizeitgestaltung, schulische und berufliche Förderung, Ernährung, Gesundheit und Hygiene, Krisenintervention

4.2. Aufnahme und Entlassungsverfahren

4.3. Steuerung und Reflexion der pädagogischen Arbeit

Supervision und Fortbildung, Dokumentation, Qualitätsmanagement, Besprechungsstruktur

4.4. Partizipation

4.5. Elternarbeit

4.6. Vernetzung und Kooperation

4.7. Sonstiges

5. Umsetzung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII

5.1. Zuständigkeit beim freien Träger

5.2. Eignung der Beschäftigten

5.3. Verfahren zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdung

Laufzeit der Vereinbarung vom bis

Öffentlicher Träger der Jugendhilfe

Leistungserbringer

Datum, Ort

Datum, Ort

Unterschrift

Unterschrift

Zur Information

**Konzeptionelle Grundlagen
Schutzkonzept gem. § 8a SGB VIII**

Anlage 1**(nach Beschluss der Jugendhilfekommission bis 31.12.2017 ausgesetzt)****Leistungsvereinbarung**

Gemäß §§ 78a ff. SGB VIII und der „Hessischen Rahmenvereinbarung“

Zwischen:

Öffentlichem Träger der Jugendhilfe

und

Leistungserbringer

Leistungsart

Die folgende Leistungsvereinbarung Seite 1 bis _ gilt

von: _____

bis: _____

oder ab: _____

Öffentlicher Träger der Jugendhilfe	Leistungserbringer
Datum; Ort	Datum; Ort
Unterschrift	Unterschrift
Stempel	Stempel

1 Träger/Einrichtung/Leistungsart

1.1 Name und Anschrift der Einrichtung	
1.1.1 Name und Anschrift des Ortes der Erbringung des Leistungsangebotes (sofern von 1.1 abweichend)	
1.2 Träger	
1.2.1 Einrichtungsträger (Name, Anschrift, Rechtsform)	
1.2.2 Trägerart (öffentl. rechtl., freier, privater Träger)	
1.2.3 Trägergruppe oder Dachverband (AWO, Caritas, Diakonie, DPWV, etc.)	
1.3 Leistungsart (Bezeichnung siehe § 8 Hess. Rahmenvereinbarung)	
1.4 Betreuungsform / Leistungsrahmen	
Die Leistungsvereinbarung muss im Folgenden zu denjenigen Gliederungs- punkten Aussagen enthalten, die für die betreffende Einrichtung / den Dienst zu treffen sind.	Die rechte Tabellenseite enthält beispielhafte Erläuterungen für die jeweiligen Gliederungs- punkte (und ist nicht standardsetzend)

2 Junge Menschen, für die das Leistungsangebot bereitgestellt wird

2.1 Alter	
2.1.1 Aufnahmealter	
2.1.2 Betreuungsalter	
2.2 Geschlecht	
2.3 Staatsangehörigkeit	
2.4 Bedarfslage, aus welcher der Hilfeanspruch erwächst	Welches Klientel , mit welchen „Problemen“, Schwierigkeiten“ kann die Einrichtung aufnehmen? Beschreibung der Defizite und Problemlagen, auf die sich das Leistungsangebot bezieht.
2.5 Notwendige Ressourcen	
2.5.1 Des jungen Menschen	Voraussetzungen, um am Leistungsangebot teilnehmen zu können, z.B. - Beschulbarkeit - Qualifizierungs- und Ausbildungsfähigkeit - Fähigkeit zum selbständigen Wohnen
2.5.2 Und seiner Familie	
2.6 Ausschlüsse	
2.7 Einzugsgebiet, sozialräumliche Zuständigkeit	

3 Ziele des Leistungsangebotes

3.1 Benennung des Leistungsangebotes	<p>Die Zieldefinitionen zu den in § 11 der Rahmenvereinbarung genannten Hilfearten erfolgen für folgende 15 Leistungsbereiche:</p> <p>§ 13. 3 SGB VIII – Jugendsozialarbeit</p> <p>§ 19 SGB VIII – Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder</p> <p>§ 21 Satz 2 SGB VIII – Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht</p> <p>§ 27.3 im Sinne von § 13.2 SGB VIII Hilfe zur Erziehung; sozialpäd. begleitete Berufsausbildung</p> <p>§ 27 i.V. mit § 29 SGB VIII Hilfe zur Erziehung; Soziale Gruppenarbeit</p> <p>§ 27 i.V. mit § 30 SGB VIII Hilfe zur Erziehung; Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer</p> <p>§ 27 i.V. mit § 31 SGB VIII - Hilfe zur Erziehung; Sozialpädagogische Familienhilfe</p> <p>§ 27 i.V. mit § 32 SGB VIII - Hilfe zur Erziehung; Erziehung in einer Tagesgruppe</p> <p>§ 27 i.V. mit § 33 Satz 2 SGB VIII Hilfe zur Erziehung; Vollzeitpflege</p> <p>§ 27 i.V. mit § 34 SGB VIII - Hilfe zur Erziehung; Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform</p> <p>§ 27 i.V. mit § 35 SGB VIII - Hilfe zur Erziehung; Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung</p> <p>§ 35 a SGB VIII – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche</p> <p>§ 41 SGB VIII - Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung</p> <p>§ 42 SGB VIII - Andere Aufgabe der Jugendhilfe Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen</p> <p>Schule bei Hilfen zur Erziehung – Schule</p> <p>§ 27 SGB VIII – Sonstige Hilfen zur Erziehung</p>
3.2 Ziele der Hilfe gem. SGB VIII Unterziele, Teilziele	<p>s. Arbeitshilfen zur Anlage 1 (3.2.1.)</p> <p>Hier sind die Aussagen aus den Arbeitshilfen zu entnehmen, sowie die Spezifikation der Leistungserbringung für die Einrichtung zu beschreiben (3.2.2. ...3.2.3....usw.).</p>

4. Regelleistungsangebot / Struktur- und Prozessdaten der Einrichtung/ des Dienstes

4.1 Strukturdaten der Einrichtung / des Dienstes	
4.1.1 Standortaspekte	Lagebeschreibung, Verkehrsanbindungen, Infra- und Angebotsstruktur im Umfeld, konzeptionelle Zuordnung
4.1.2 Organisationsstruktur	Anzahl der Gruppen, Gruppengröße, übergreifende Dienste (wie z.B. psychologischer Dienst, technischer Dienst etc.), Leitungsstrukturen, ggf. Einbindung in den gesamten Trägerbereich
4.1.3 Personelle Ausstattung	
4.1.3.1 in Heimen / Einrichtungen	Anzahl bereichsspezifisch, Orientierung an den entsprechenden Positionen (13-19) des Kalkulationsblattes, Qualifikation, interne Funktion (z.B. Freizeitpädagoge), Zuständigkeitsbereiche, Verantwortungsbereiche, Personalschlüssel gemäß Rahmenvereinbarung
4.1.3.2 bei ambulanten Anbietern	Vorhandene Kapazitäten
4.1.4 Räumliche Ausstattung	Anzahl und Ausstattung der Räumlichkeiten, funktionale Zuordnung und konzeptionelle Einordnung
4.1.5 Ernährung/Hauswirtschaft	Organisationsstruktur (z.B. Zentralversorgung, Eigenversorgung), konzeptioneller Stellenwert, Relation zum pädagogischen Sektor (Nicht auszufüllen bei ambulanten Angeboten)
4.1.6 Technischer Dienst	Zuständigkeit, Ausstattung
4.1.7 Sonstiges	Besondere Strukturmerkmale, die aufgrund ihrer Bedeutung für das Leistungsangebot einer Beschreibung bedürfen

4.1 Prozessdaten der Einrichtungen / des Dienstes	
4.2.1 Personelle Organisation	
4.2.1.1 Pädagogische Betreuung	Beschreibung der Dienstplanstruktur, Personaldeckung in spezifischen Betreuungszeiten, Vertretungsregelungen; Darstellung der funktionalen Zuordnung und Zuständigkeit und die mit dem Dienstplan verknüpften pädagogischen Zielsetzungen
4.2.1.2 Sonstige Dienste	Funktionsplanung der sonstigen Dienste (z. B. psychologischer Dienst); Kompetenzen und Zuständigkeiten; konkrete Verzahnung mit der direkten pädagogischen Betreuung (Abrufbarkeit, Verfügbarkeit: qualitativ wie quantitativ), Zuordnung bzw. Ableitung zu übergeordneten pädagogischen Zielsetzungen
4.2.1.3 Leitung	Darstellung der Leitungsstruktur und der Entscheidungsprozesse (bezogen auf das Hilfsangebot)
4.2.1.4 Verwaltung	Aufgabenstruktur; Verzahnung mit der Pädagogik
4.2.1.5 Technischer Dienst	Aufgabenstruktur und Verknüpfungen zu pädagogischen Zielsetzungen
4.2.1.6 Hauswirtschaft	Aufgabenstruktur und Abstimmungsregelungen mit anderen Dienstbereichen, insbesondere mit dem direkten pädagogischen Betreuungsbereich, Kompetenzabgrenzung
4.2.1.7 Sonstiges	

4.2.2 Leitlinien der sozialpädagogischen Leistung und deren Umsetzung / Methodische Orientierung	
4.2.2.1 Leitbild/Leitlinien	Darstellung der pädagogischen Leitlinien, die das Handeln bestimmen
4.2.3.2 Umsetzung	
Aufnahmeverfahren	Beschreibung der wesentlichen Eckpunkte und Handlungsabschnitte des Aufnahmeverfahrens, z. B. beteiligte Personen, Gremien und Entscheidungsverfahren, Zeitabläufe
Aufsichtspflicht, Gesundheit	Beschreibung der Faktoren, die die Aufsichtspflicht (konzeptionell, personell) sichern. Darstellung der gesundheitlichen Versorgung der Kinder und Jugendlichen
Gestaltung der Beziehung/emotionalen Ebene	Beschreibung der konzeptionellen, personellen Faktoren, durch die die Gestaltung der persönlichen Beziehungen zwischen Kindern, Jugendlichen und den Betreuern ermöglicht wird; emotionale Ebene
Gestaltung des Alltags	Beschreibung des Tages -/ Wochenablaufes. Gewichtung des Alltags in Abgrenzung zu systematischen Arbeitsinhalten (z.B. Hausaufgabenbetreuung / Therapie)
Gestaltung der Freizeit	Bedeutung von Freizeitgestaltung, differenziert nach strukturierten/ unstrukturierten Bereichen; quantitatives Ausmaß und qualitative Möglichkeiten, personelle Zuordnung, materielle Ausstattung
Gestaltung der schulischen und beruflichen Förderung und des nachschulischen Bereichs	Konzeption und Struktur einer nachschulischen Hausaufgabenbetreuung, einer allgemeinen kognitiven Förderung, Unterstützung der beruflichen Förderung, des Ablaufprozesses und der Einbindung in die gesamtpädagogischen Zielsetzungen
Beteiligung der Kinder und Jugendlichen	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungs- und Informationsflüssen

Einbindung des familiären Umfeldes	Selbstverständnis und zentrale Zielsetzungen der Arbeit mit dem familiären Umfeld (z.B. wer zeichnet für die Durchführung der Arbeit mit der Familie verantwortlich) <ul style="list-style-type: none"> - Häufigkeit - Zeitdauer einzelner Arbeitseinheiten - sächliche Ausstattung - Methoden Stellenwert der Elternarbeit im Verhältnis zur Betreuung innerhalb der Einrichtung
Krisenintervention	Beschreibung der personellen Zuständigkeiten bei Kriseninterventionen. Entscheidungs- und Ablaufmechanismen
Beendigung der Hilfe und Nachbetreuung	Entlassungsvarianten (begleitet, unbegleitet, Ausfädelungsprozesse), Möglichkeiten von Nachbetreuung

4.2.3 Leitlinien der diagnostischen, therapeutischen und medizinischen Leistung sowie deren Umsetzung / methodische Orientierung

(Der Gliederungsteil 4.2.3 wird nur dann aufgeführt, wenn er als Regelangebot vorhanden ist.)

4.2.3.1 Leitbild/Leitlinien	Darstellung der Leitlinien, die das diagnostische, therapeutische und medizinische Handeln bestimmen
4.2.3.2 Umsetzung	
Organisatorische Einbindung	Schilderung der Verknüpfung zum pädagogischen Bereich, Benennung organisatorischer Ebenen, zeitlicher und räumlicher Aspekte
Diagnostisches Vorgehen	Schilderung der methodischen Aspekte, besonders Eingangs- und Verlaufsdagnostik; Verfahren, Prozesse in der Einrichtung
Therapieverfahren und Indikation	Benennung der anwendbaren Therapieverfahren und ihrer Indikationen
Therapieevaluation	Benennung der angewandten evaluativen Verfahren

4.2.4 Kooperation	
4.2.4.1 Schulen	Beschreibung der Kooperationsstruktur <u>Interne Schule</u> (soweit vorhanden), konkrete institutionelle, personelle, konzeptionelle Verknüpfung des pädagogischen und administrativen Bereiches der Einrichtung/des Dienstes mit der Schule
4.2.4.2 Ausbildungsstätten	Beschreibung der Kooperationsstruktur <u>Interne Ausbildung</u> : konzeptionelle, personelle und institutionelle Verknüpfung, Informationsfluss, Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse
4.2.4.3 Örtliches und/oder Fallzuständiges Jugendamt	Beschreibung der Kooperationsstruktur auf der Institutionellen - und der Einzelfallebene; Mitwirkung im Hilfeplanprozess
4.2.4.4 Sonstige (Interne/externe)	z. B. Ärzte, Dienstleistungen, Erziehungsberatungsstellen, Psychiatrie etc.
4.2.4.5 Sozialraum	Beschreibung der Einbindung der Einrichtung/des Dienstes in den Sozialraum (Institutionell und Einzelfallbezogen)

4.2.5 Interne Reflexions- und Qualitätsaspekte	
4.2.5.1 Definition fachlicher Standards und Prozeduren	Beschreibung der personellen Zuständigkeiten und Prozeduren für Standard / Norm – Definitionen. Verbindlichkeit, Änderbarkeit, Autonomie und Verpflichtungsfragen in der Gruppe, sowie der Gruppe innerhalb der Einrichtung
4.2.5.2 Besprechungsstruktur	Aufgaben, Anzahl, Teilnehmer und Struktur der Besprechungen; Verbindlichkeitsgrad (zeitlich und personell) und Dokumentation
4.2.5.3 Interne Dokumentation und Berichtswesen	Dokumentations- / Berichtsbereiche, Art der Dokumentation / des Berichtswesens (Erfassungsart, Abrufbarkeit und Zugänglichkeit, Verpflichtungsgrad)
4.2.5.4 Qualitätsmanagement, Verfahren, Prozesse	Konzeptionelle Umsetzung: Methoden, Verfahren (z.B. Supervision und Fortbildung, Evaluation) und personelle Zuständigkeiten

4. 2.6. Umsetzung des Schutzauftrages gemäß § 8a SGB VIII	
Aufgabenstellung für Jugendamt und Freien Träger	
4.2.6.1 Zuständigkeiten beim Freien Träger	Beschreibung der personellen Zuständigkeiten, welche Leistungsebene wird einbezogen, wer ist die „insoweit erfahrene Fachkraft“. Benennung des internen Funktionsdienstes oder der externen Institution oder Person (namentliche Nennung ist in der LV nicht erforderlich)
4.2.6.2 Schutzkonzept der Einrichtung	
4.2.6.2.1 Methoden zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos	Beschreibung des Ablaufs, wann wird die Leitungskraft, wann die „insoweit erfahrene Fachkraft“ einbezogen
4.2.6.2.2 Einbeziehung und Einwirkung auf Eltern / Personensorgeberechtigte, Kinder und Jugendliche	
4.2.6.2.3 Information des Jugendamtes	Wann wird das Jugendamt informiert, wer informiert wen? Was erfolgt bei akuter Kindeswohlgefährdung?
4.2.6.3 Dokumentation	Hinweise zur Dokumentation des Verfahrens unter Berücksichtigung des Datenschutzes mit Begründung der jeweiligen Entscheidung
4.2.6.4 Eignung der Mitarbeiter / innen	siehe Anlage 5 der Hess. Rahmenvereinbarung i. d. F. vom 17.01.2007
	Hinsichtlich der Fortbildung der Mitarbeiter / innen ermöglichen der öffentliche und der freie Träger je nach Bedarf Fortbildungsangebote für die Mitarbeiter / innen, die zur sachgerechten Wahrnehmung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII als sinnvoll und notwendig erachtet werden
4.2.6.5 Kooperation und Evaluation unter Berücksichtigung des Datenschutzes	Hier soll dargelegt werden, was zur gemeinsamen Auswertung der Fälle von Kindeswohlgefährdung vereinbart wird.

Arbeitshilfen zu Anlage 1 Leistungsvereinbarung

Zieldefinitionen der einzelnen Leistungsbereiche
gem. SGB VIII und § 11 der Rahmenvereinbarung
(siehe Punkt 3.2 der Leistungsvereinbarung)

1. Ziele gem. § 13.3 SGB VIII
2. Ziele gem. § 19 SGB VIII
3. Ziele gem. § 21. Abs. 2 SGB VIII
4. Ziele gem. § 27.3 im Sinne von § 13.2 SGB VIII
5. Ziele gem. § 27 i.V.m. § 29 SGB VIII
6. Ziele gem. § 27 i.V.m. § 30 SGB VIII
7. Ziele gem. § 27 i.V.m. § 31 SGB VIII
8. Ziele gem. § 27 i.V.m. § 32 SGB VIII
9. Ziele gem. § 27 i.V.m. § 33 Satz 2 SGB VIII
10. Ziele gem. § 27 i.V.m. § 34 SGB VIII
11. Ziele gem. § 27 i.V.m. § 35 SGB VIII
12. Ziele gem. § 35a SGB VIII
13. Ziele gem. § 41 SGB VIII
14. Ziele gem. § 42 SGB VIII
15. Ziele Schule bei Hilfen zur Erziehung

Arbeitshilfen 1

**Ziele der Leistungen gem. § 13.3 SGB VIII
- Jugendsozialarbeit -**

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

- 3.2.1.1 Sozialpädagogische begleitetes Wohnen und dabei
- 3.2.1.2 Sicherung des notwendigen Unterhalts, um eine
- 3.2.1.3 schulische oder berufliche Bildungsmaßnahme oder eine berufliche Eingliederung zu unterstützen.

3.2.1 Unterziele / Teilziele

Arbeitshilfen 2

**Ziele der Leistungen gem. § 19 SGB VIII
- Gemeinsame Wohnformen für Mütter/ Väter und Kinder**

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

- 3.2.1.1 Eigenständiges und eigenverantwortliches Leben (Persönlichkeitsentwicklung) von Vater/ Mutter mit Kind
- 3.2.1.1.1 Eigenständigkeit:
Unabhängig von äußerer Anleitung und Kontrolle ein selbstbestimmtes Leben führen und am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen.
- 3.2.1.1.2 Eigenverantwortlichkeit:
Sich der Konsequenzen des eigenen Handelns bewusst sein. Diese Haltung in Entscheidungen einfließen lassen können, um ein eigenständiges Leben führen zu können.
- 3.2.1.2 Beginn oder Fortführung einer schulischen oder beruflichen Ausbildung oder Aufnahme einer Berufstätigkeit
- 3.2.1.3 Eigenständige und eigenverantwortliche Pflege und Erziehung des Kindes

3.2.2 Unterziele / Teilziele

- 3.2.2.1 Eigenständigkeit (Techniken):
Alltag strukturieren:
Eine den eigenen und den Bedürfnissen des Kindes entsprechende Alltagsstrukturierung
- Tagesablauf planen und umsetzen
 - Essenszubereitung (Einkauf, Kochen, Spülen etc.)

- Wäschepflege
- Pflege, medizinische Versorgung wahrnehmen
- Termine mit Behörden, Ämtern, etc. wahrnehmen
- Hygiene
- Hauswirtschaftliche Angelegenheiten (Wohnung reinigen etc.)
- Umgang mit Finanzen
- Gestaltung der Freizeit
- erforderliche soziale Kontakte wahrnehmen
- Hilfe selbst organisieren können

Eigenverantwortlichkeit

Die eigenen und die Bedürfnisse des Kindes erkennen (Lebensentwurf haben)

- eigene Ziele, Fähigkeiten, Grenzen erkennen
- allein Entscheidungen treffen können, dem eigenen und dem Wohl des Kindes entsprechend
- diese Entscheidungen umsetzen können

3.2.2.2 Beginn oder Fortführung einer schulischen oder beruflichen Ausbildung oder Aufnahme einer Berufstätigkeit

- realistische Einschätzung der Möglichkeiten und Perspektiven
- Klarheit haben über die individuelle Lebensplanung bzgl. schul. und berufl. Ausbildung, bzw. einer Berufstätigkeit
- Realisierung der getroffenen Entscheidung

3.2.2.3 Eigenständige und eigenverantwortliche Pflege und Erziehung des Kindes

3.2.2.3.1 Emotionale Bedürfnisse erkennen und angemessen darauf reagieren können

- tragfähige Beziehung Mutter/Vater mit dem Kind
- Alters- und entwicklungsbedingter Förder- und Erziehungsbedarf des Kindes erkennen und entsprechend handeln

3.2.2.3.2 Ohne fremde Hilfe die körperliche Versorgung sicherstellen

- altersentsprechende Ernährung
- bedarfsgerechte Pflege
- gesundheitlichen Versorgung sicherstellen

Arbeitshilfen 3

Ziele der Leistung gem. § 21 Abs. 2 SGB VIII

- Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht-

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

3.2.1.1 Unterbringung in eine geeignete Wohnform zur Gewährleistung der Schulausbildung

3.2.2 Unterziele / Teilziele

Arbeitshilfen 4

Ziele der Leistungen gem. § 27 (3) im Sinne von § 13 (2) SGB

VIII - Hilfe zur Erziehung; sozialpäd. begleitete Berufsausbildung -

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

3.2.1.1 Schulische und berufliche Ausbildung
Eingliederung in die Arbeitswelt

3.2.1.2 Soziale Integration
zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen und zur Entwicklung der Persönlichkeit und eigenverantwortlichen Lebensführung

3.2.2.1 Schulische und berufliche Ausbildung und Eingliederung in die Arbeitswelt

- Aufarbeiten und Beheben schulischer Defizite
- Entwicklung und Planung schulischer und beruflicher Perspektiven
- Entwicklung einer tragfähigen Lern- und Leistungsmotivation
- Erreichung eines schulischen Abschlusses (Hauptschulabschluss) als Voraussetzung für den Einstieg / Übergang in eine berufl. Ausbildung
- Erlangung weiterer (auch fachspezifischer, handwerklicher, motorischer) berufsausbildungsvorbereitender bzw. berufsvorbereitender Qualifikationen
- Aneignung von Basisqualifikationen, wie z. B. Strukturierung des Arbeitsalltags, Ausdauer, Konzentration, Pünktlichkeit, Regelmäßigkeit, Ordnung und Sauberkeit am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, verantwortlicher Umgang mit Geräten und Werkstoffen, korrekter Umgang mit Kunden, soziale Kompetenz und Kollegialität
- Abschluss einer Berufsausbildung (Gesellenbrief)
- Befähigung zu qualifizierten, nachhaltigen und eigenständigen Bemühungen um Aufnahme einer Erwerbstätigkeit
- Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

3.2.2.1 Soziale Integration

Entwicklung / Befähigung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit; Erlangung von Kontakt-, Beziehungs-, Gruppen- und Konfliktfähigkeit; mit Aggressionen umgehen können; Alltag und Tagesablauf (z.B. Essenszubereitung, hauswirtschaftliche Versorgung) planen, strukturieren und umsetzen können; Befähigung zum verantwortlichen Umgang mit vorhandenen Finanzmitteln; sinnvolle Gestaltung der Freizeit; eigene Ziele, Fähigkeiten und Grenzen erkennen und umsetzen können.

3.2.2 Unterziele / Teilziele

Arbeitshilfen 5
Ziele der Leistungen gem. § 27 i.V.m. § 29 SGB VIII
- Hilfe zur Erziehung; Soziale Gruppenarbeit -

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

3.2.1.1 Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen

3.2.2 Unterziele / Teilziele

3.2.2.1 Überwindung von individuellen Krisen

3.2.2.2 Entwicklung und Stärkung von sozialer Kompetenz durch soziales Lernen in der Gruppe
Akzeptanz von Regeln und Normen
Kontakt-, Beziehungs- und Konfliktfähigkeit

Arbeitshilfen 6
Ziele der Leistungen gem. § 27 i.V.m. § 30 SGB VIII
- Hilfe zur Erziehung; Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

3.2.1.1 Bewältigung von Entwicklungsproblemen unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes

3.2.1.2 Verselbständigung unter Erhaltung des Lebensbezugs zur Familie

3.2.2 Unterziele / Teilziele

3.2.2.1 Bewältigung von Entwicklungsproblemen unter Einbeziehung des sozialen Umfelds

Abbau von Problemen und Defiziten im Bereich sozialer und emotionaler Entwicklung; Abbau schulischer Defizite und Problembereiche; Entwicklung und Planung schulischer und beruflicher Perspektiven; Entwicklung einer tragfähigen Lern- und Leistungsmotivation; Aufbau / Wiederherstellung tragfähiger sozialer Kontakte (z.B. Freundeskreis, Sportverein), Aktivierung der Ressourcen und der Unterstützung durch das soziale Umfeld; Befähigung zu qualifizierten, nachhaltigen und eigenständigen Bemühungen um Aufnahme einer beruflichen Bildungsmaßnahme

Verselbständigung unter Erhaltung des Lebensbezugs zur Familie

- Entwicklung einer Lebensperspektive auf der Basis eigener Ziele und Fähigkeiten;
- Entwicklung/Befähigung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit; Erlangung von Kontakt-, Beziehungs-, Gruppen- und Konfliktfähigkeit;-
- Alltag und Tagesablauf planen, strukturieren und umsetzen können (z.B. Essenszubereitung, hauswirtschaftliche Versorgung, sinnvolle Freizeitgestaltung);
- Befähigung zum verantwortlichen Umgang mit vorhandenen Finanzmitteln; Herstellung/Wiederherstellung tragfähiger Familienbeziehungen

Arbeitshilfen 7

Ziele der Leistungen gem. § 27 i.V.m. § 31 SGB VIII

- Hilfe zur Erziehung; Sozialpädagogische Familienhilfe-

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

3.2.1.1 Intensive Betreuung und Begleitung von Familien bei

- Erziehungsaufgaben
- Bewältigung von Alltagsproblemen
- Lösung von Konflikten und Krisen
- Kontakten mit Ämtern und Institutionen

3.2.1.2 Hilfe zur Selbsthilfe

3.2.2 Unterziele / Teilziele

3.2.2.1 Sicherung oder Wiederherstellung der Erziehungsfunktion der Familie durch

- Verbesserung des Erziehungsverhaltens
- Verbesserung der Interaktion u. Kommunikation der Familienmitglieder
- Verbesserung der Rahmenbedingungen in der und um die Familie

- 3.2.2.2 Aktivierung der Selbsthilfefähigkeit der Familie und Stärkung der Problemlösungskräfte und eigenen Ressourcen in der Familie

Arbeitshilfen 8
Ziele der Leistungen gem. § 27 i.V.m. § 32 SGB VIII
- Hilfe zur Erziehung; Erziehung in einer Tagesgruppe

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

- 3.2.1.1 Verbleib des Kindes/Jugendlichen in der Familie und / oder Hilfe zur Reintegration in die Familie nach Fremdplatzierung* und / oder Eigenständige und eigenverantwortliche Lebensführung des / der Jugendlichen ohne Jugendhilfe*
- 3.2.1.1.1 Soziales Lernen in der Gruppe: (Ergänzung der familiären Sozialisation)
- 3.2.1.1.2 Begleitung der schulischen Förderung
- 3.2.1.1.3 Die Elternarbeit unterstützen

3.2.2 Unterziele / Teilziele

- 3.2.2.1 Im Bereich Sozialverhalten
- Kontakt-, Beziehungs- und Konfliktfähigkeit
 - Frustrationsfähigkeit
 - Regeln / Strukturen akzeptieren können
 - Gruppenfähigkeit
- 3.2.2.2 im Bereich Leistungsverhalten
- Konzentrationsfähigkeit
 - Schul / berufl. Förderung (Hausaufgaben, Motivation, Lerndefizite aufarbeiten)
- 3.2.2.3 Elternkompetenz ohne fremde Hilfe wahrnehmen können
- tragfähige Beziehung zwischen Mutter / Vater und Kind / Jugendlichen
 - alters- und entwicklungsbedingter Förder- und Erziehungsbedarf des Kindes / Jugendlichen erkennen und entsprechend handeln, in der Familie und im sozialen Umfeld

* Anmerkung: Diese beiden Ziele haben sich in der Nutzung einiger Tagesgruppen als pädagogisch erforderlich und sinnvoll ergeben.

Arbeitshilfen 9

Ziele der Leistungen gem. § 27 i.V.m. § 33 Abs. 2 SGB VIII

- Hilfe zur Erziehung;
- **Vollzeitpflege - für besonders beeinträchtigte Kinder und Jugendliche**
- **Intensive Erziehungshilfe-**

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

- 3.2.1.1 Entwicklungsförderung und Erziehungshilfe
- 3.2.1.2 Förderung in einer anderen Familie
- 3.2.1.3 Rückführung in die Herkunftsfamilie
- 3.2.1.4 Vollzeitpflege als auf Dauer angelegte Erziehungshilfe

3.2.2 Unterziele / Teilziele

- 3.2.2.1 Intensive Erziehungshilfe
Gewährleistung des Kindeswohls
Kompensation der Entwicklungsdefizite u. Entwicklungsstörungen
Bewältigung der physischen und psychischen Beeinträchtigungen

Individuelle und professionelle Entwicklungsförderung innerhalb und außerhalb der Familie
- 3.2.2.2 Entwicklungsförderung und Erziehungshilfe
Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung
Pflege, Fürsorge und Schutz in der Pflegestelle
Emotionale Sicherheit, emotionale Beziehungen
Abbau von Benachteiligungen
- 3.2.2.3 Aufbau einer eigenständigen, selbstbewussten Persönlichkeit

Persönlichkeitsentfaltung
persönliche Autonomie, Eigenaktivität, Artikulation u. Realisierung eigener Interessen und Bedürfnisse, Eingebundensein im sozialen Umfeld
Entwicklung einer persönlichen Zielperspektive.
- 3.2.2.4 Rückführung in die Herkunftsfamilie

Wiederherstellung der Erziehungsfähigkeit der Familie
Stabilisierung des Identifikations-, Status- und Gefühlsbezuges zu den Eltern
Einbeziehung des sozialen Umfeldes der Familie
- 3.2.2.5 Vollzeitpflege als auf Dauer angelegte Lebensform

Emotionale Bindungen, Beziehungen und Nähe, neue elterliche Bindung
Kontakt und Beziehungsgestaltung zur Herkunftsfamilie
Entwicklung einer eigenen Lebensperspektive

Arbeitshilfen 10
Ziele der Leistungen gem. § 27 i.V.m. § 34 SGB VIII
- Hilfe zur Erziehung; Heimerziehung,
sonstige betreute Wohnform -

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

- 3.2.1.1 Entwicklungsförderung von Kindern und Jugendlichen und Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie
- 3.2.1.2 Rückkehr in die Familie oder
- 3.2.1.3 Übergang zur Erziehung in einer anderen Familie oder
- 3.2.1.4 Lebensform auf längere Zeit und Vorbereitung auf selbständige Lebensführung
- 3.2.1.5 Integration in Ausbildung und Beschäftigung

3.2.2 Unterziele / Teilziele

- 3.2.2.1 Entwicklungsförderung von Kindern und Jugendlichen
Alltagsstruktur und -gestaltung in allen Lebensbereichen:
Hausaufgaben, Mahlzeiten, Freizeit, Hauswirtschaft, Finanzen
Integration in die Gruppe, in die Einrichtung und in das neue Lebensmilieu (Schule, Ausbildung, Vereine), gesunde Lebensführung und Körperpflege, positives Lern- und Sozialverhalten, emotionale Sicherheit; Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Familie; Stärkung der Elternkompetenzen, tragfähige Beziehungen, die Familie leistet die dem Alter und Entwicklungsstand angemessene Förderung und Erziehung des jungen Menschen; Ressourcen und Grenzen sind bekannt; die Eltern nehmen bei Bedarf fremde Hilfe in Anspruch
- 3.2.2.2 Rückkehr in die Familie
Wiederherstellung der Erziehungsfähigkeit der Familie
Stabilisierung des Identifikations-, Status- und Gefühlsbezuges zu den Eltern
Einbeziehung des sozialen Umfeldes der Familie
- 3.2.2.3 Übergang zur Erziehung in eine andere Familie
Prüfung der Adoptionsmöglichkeit / Vermittlung in eine Vollzeitpflegestelle
Gewährleistung einer dauerhaften Lebensperspektive
- 3.2.2.4 Lebensform auf längere Zeit und Vorbereitung auf selbständige Lebensführung
Bezug zur Familie:
Die Problemsituation vor der Fremdunterbringung ist bewältigt, es bestehen beidseitige Kontakte und Anteil nehmende Beziehungen, der Bezug zum familiären Umfeld ist gegeben.

Entwicklung zur Selbständigkeit: altersgemäße Erziehung und im kognitiven und körperlichen Bereich, Entfaltung und Einsatz von persönlichen Ressourcen und Selbsthilfepotential

- 3.2.2.5 Integration in Ausbildung und Beschäftigung
Entwicklung einer realistischen schulischen und beruflichen Perspektive, positive schulische Entwicklung, Schulabschluss, Qualifizierung zur Berufsvorbereitung / Berufsausbildung

Arbeitshilfen 11 Ziele der Leistungen gem. § 27 i.V.m. § 35 SGB VIII Hilfe zur Erziehung; Intensive sozialpädagog Einzelbetreuung -

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

- 3.2.1.1 Soziale Integration des Jugendlichen und/oder jungen Erwachsenen
- Eigenverantwortliche Lebensführung des Jugendlichen und/oder jungen Erwachsenen
- zeitliche Aspekte (hoher Personalschlüssel, zeitliche Verfügbarkeit des Betreuers)
- inhaltliche Aspekte (individuelles Konzept, fachliche Standards, Reflexion und Dokumentation)

3.2.2 Unterziele / Teilziele

- 3.2.2.1 Sicherung einer geeigneten Wohnmöglichkeit
eine schulische oder berufliche Ausbildung bzw. eine Arbeitsaufnahme
- 3.2.2.2- eine eigenständige Haushaltsführung und ein angemessener Umgang mit finanziellen Mitteln
- eine selbständige Wahrnehmung von Behördenkontakten und Geschäften des täglichen Lebens
 - eine konstruktive Freizeitgestaltung

Arbeitshilfen 12 Ziele der Leistungen gem. § 35a SGB VIII -Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder u. Jugendl.

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII, orientiert am BSHG, § 39 Abs. 3

- 3.2.1.1 eine drohende Behinderung zu verhüten
- 3.2.1.2 eine vorhandene Behinderung zu beseitigen oder zu mildern
- 3.2.1.3 den Behinderten in die Gesellschaft einzugliedern

3.2.2 Unterziele / Teilziele

- 3.2.2.1 Unter Verweis auf die medizinisch-somatogenen Implikationen des Begriffs „Behinderung“
- sollen auf der Grundlage eines mehrdimensionalen diagnostischen Ansatzes und
 - unter Berücksichtigung von Interdisziplinarität und Erfahrungsgestützt-heit
 - angemessene komplexe Maßnahmebündel angewendet werden, um die Ziele von 3.1.1 bis 3.1.3 zu erreichen.
- 3.2.2.2 Ziel der Eingliederungshilfe ist die Integration des Behinderten in die Gemeinschaft. Dies bedeutet die Integration in die Familie, in das nähere soziale Umfeld sowie in den öffentlichen kulturellen Lebensbereich.
- 3.2.1.2 Ziel ist die Realisierung eines angemessenen Berufes oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit.

Arbeitshilfen 13

**Ziele der Leistungen gem. § 41 SGB VIII
Hilfe f. junge Volljährige, Nachbetreuung -
in Ausgestaltung der Hilfe gem. §§ 27, 28-30, 33-35 SGB VIII**

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

- 3.2.1.1 Individuelle Persönlichkeitsentwicklung
3.2.1.2 Eigenständige Lebensführung
3.2.1.3 Integration in Ausbildung und Beschäftigung

3.2.2 Teilziele/ Unterziele

- 3.2.2.1 Altersgemäße, individuelle Persönlichkeitsentwicklung
Eigenständige und gemeinschaftsfähige, soziale integrierte Persönlichkeit
Selbstbestimmung und Autonomie in allen Lebensbereichen
Kontakt-, Beziehungs-, Gruppen- und Konfliktfähigkeit
Positives Sozial- und Leistungsverhalten
- 3.2.2.2 Selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung
- Entwicklung einer Lebensperspektive auf der Basis eigener Ziele, Fähigkeiten und Grenzen
Beziehung und Kontakt zur Herkunftsfamilie
Pflege sozialer Kontakte, Teilnahme am Leben der Gemeinschaft
Aufbau eines eigenen Lebensumfeldes
Alltagsbewältigung und –struktur: Tagesplanung, Essen, Haushalt, Freizeit
Materielle Eigenständigkeit; Bedarfsgerechte Inanspruchnahme fremder Hilfe

3.2.2.3 Integration in Ausbildung und Beschäftigung

Entwicklung einer realistischen schulischen / beruflichen Perspektive und Umsetzung

Erreichung des Schulabschlusses
und / oder

Qualifizierung zur Berufsvorbereitung / Berufsausbildung

Ausbildungsbeginn/Ausbildungsabschluss
und / oder

Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

Arbeitshilfen 14

Andere Aufgabe gem. § 42 SGB VIII

Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

3.2.1.1 Gefahrenabwehr
(durch Ausübung des Aufenthaltsbestimmungsrechtes)

3.2.1.2 Schutz

- Sicherung des Lebensunterhaltes
- medizinische Versorgung
- pädagogische Betreuung

3.2.1.2 Unverzögliche

- Beratung
- Abklärung
- Planung
- Vorbereitung der Realisierung der künftigen Lebenssituation zur Herstellung eines, am Wohl des Kindes / Jugendlichen orientierten Lebensumfeldes
(durch Abklärung mit: dem örtlich. zuständigem Jugendamt; Personensorgeberechtigten; ggf. Gericht; sonstige Beteiligte)

3.2.2 Differenzierung

3.2.2.1 Inobhutnahme
Wahrnehmung von Teilen der elterlichen Sorgerechte

3.2.2.2 Unterbringung

3.2.2.2.1 bei einer geeigneten Person in Privatwohnungen

3.2.2.2.1.1 bei Verwandten o. sonstigen Bezugspersonen des Kindes / Jugendlichen

- Einzelfallbezogene Prüfung auf Eignung
- individuelle Absprachen
- keine Aufnahmeverpflichtung

3.2.2.2.1.2 in Kurzpflegestellen

- Im Vorfeld geprüfte Geeignetheit
- Rund-um-die-Uhr-Betreuung
- Geregelte Finanzabsprachen (Krankenkasse, Jugendamt,...)
- keine Aufnahmeverpflichtung

3.2.2.2.1.3 in Bereitschaftspflegestellen

- im Vorfeld geprüfte Geeignetheit
- pädagogisch erfahrene und qualifizierte Pflegeperson
- Rund-um-die-Uhr-Betreuung
- Geregelte Finanzabsprachen (z.B. Jugendamt)
- keine Aufnahmeverpflichtung

3.2.2.2.2 in einer Einrichtung mit „Rund um die Uhr“ – Betreuung

3.2.2.2.2.1 in der regelhaft nach § 34 SGB VIII betreut wird

- Betreuung im Rahmen einer Inobhutnahme im Auftrag des Jugendamtes im Einzelfall im Kontingent der Plätze gem. § 34 SGB VIII

3.2.2.2.2.2 in der regelhaft nach § 42 SGB VIII betreut wird (Kinder- / Jugendnotdienste o.ä.)

- Aufnahmemöglichkeit von Selbstmeldern
Betreuungsauftrag als vertragsmäßige Delegationsaufgabe des zuständigen Jugendamtes

3.2.2.2.3 in einer sonstigen betreuten Wohnform

3.2.2.2.3.1 in einer regelhaft nach § 34 SGB VIII arbeitenden sonstigen betreuten Wohnform

- Betreuung im Rahmen einer Inobhutnahme im Auftrag des Jugendamtes im Einzelfall im Kontingent der Plätze gem. § 34 SGB VIII

3.2.2.2.3.2 Unterbringung in sonstigem Wohnraum mit pädag. Betreuung in

- einem Zimmer/ Wohnung
 - des Jugendamtes
 - des Trägers
- Pension/ Hotel
mit
verbindlichem, individuellem Betreuungssetting durch pädagogische Fachkräfte auf Veranlassung des Jugendamtes

3.2.2.3 Rechtlich bedingte Zeitvorgaben:

- Unverzügliche Benachrichtigung der Personensorge- und/oder Erziehungsberechtigten
- Bei Widerspruch der Personensorge- und/oder Erziehungsberechtigten:
Herausgabe
oder
unverzügliche Einschaltung des Gerichtes
- Beendigung der Inobhutnahme binnen maximal vier Wochen durch das Jugendamt

Ausnahme: Ein gerichtliches Verfahren ist eingeleitet.

Arbeitshilfen 15
Schule
-als ergänzende Leistung einer Hilfe z. Erziehg. gem. § 27 SGBVIII

Auch mangels im SGB VIII normierter Zielsetzungen für diesen Bereich orientieren sich die konkreten Zielformulierungen der ergänzenden Leistung „Schule“ vorwiegend an dem jeweiligen Jugendhilfeangebot (z.B. § 27 i.V.m. § 34) der Einrichtung im Kontext mit dem schulgesetzlich verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrag, der durch die jeweilige Schulform konkretisiert wird. Unabhängig von der in der jeweiligen Einrichtung angebotenen Form der Hilfe zur Erziehung und der Schulform (Fachrichtung) und ihren konkreten Zielsetzungen lassen sich folgende Globalziele von Schule als ergänzende Leistung formulieren.

3.2.1 Ziele gem. SGB VIII

- 3.2.1.1 Schulische Ausbildung / Erreichung eines Schulabschlusses
Reintegration in die Regelschule
- 3.2.1.2 Soziale Integration

3.2.2 Unterziele / Teilziele

- 3.2.2.1 Schulische Ausbildung / Erreichung eines Schulabschlusses und Reintegration in die Regelschule

Sicherstellung eines kontinuierlichen Schulbesuchs: Herstellung bzw. Wiederherstellung von Lernfähigkeit und Leistungsbereitschaft; Aufarbeiten und Beheben schulischer Defizite; Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten
Überwinden / Beheben von Entwicklungsdefiziten und Störungen im Bereich emotionaler, psychosozialer, kognitiver und körperlicher Entwicklung; Aneignung von Basisqualifikationen, wie z.B. Strukturierung des All-

tags, Ausdauer, Konzentration, Pünktlichkeit, Regelmäßigkeit, Ordnung; verantwortlicher Umgang mit Materialien und Gegenständen; Entwicklung und Planung schulischer und beruflicher Perspektiven; Erreichung eines schulischen Abschlusses als Voraussetzung für den Einstieg/Übergang in eine berufliche Ausbildung; Abschluss einer Berufsausbildung; Befähigung zu qualifizierten, nachhaltigen und eigenständigen Bemühungen um Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

3.2.2.2 Soziale Integration

Aufbau und Stabilisierung des Sozialverhaltens im schulischen und auch für den außerschulischen Bereich; Entwicklung/Befähigung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit; Erlangung von Kontakt-, Beziehungs-, Gruppen- und Konfliktfähigkeit; mit Aggressionen umgehen können; sinnvolle Gestaltung der Freizeit; eigene Ziele, Fähigkeiten und Grenzen erkennen und umsetzen können

Anlage 2

Qualitätsentwicklungsvereinbarung

Gemäß §§ 78a ff. SGB VIII und der „Hessischen Rahmenvereinbarung“

Zwischen:

Öffentlichem Träger der Jugendhilfe

und

Leistungserbringer

Leistungsart:

Die folgende Qualitätsentwicklungsvereinbarung Seite 1 bis __ gilt
von: _____ bis: _____
oder ab: _____

Öffentlicher Träger der Jugendhilfe	Leistungserbringer
Datum; Ort	Datum; Ort
Unterschrift	Unterschrift
Stempel	Stempel

1 Grundsätze

1.1 Vereinbarungen über Dokumentation und Berichtswesen der Vereinbarungspartner	<p>Die Grundlage des Berichtswesens ist die Dokumentation von Abläufen, Verfahren und Maßnahmen.</p> <p>Inhalt des Berichtswesens ist Darstellung der erbrachten Leistungen. Es stellt die Aspekte der Struktur-, Prozess-, und Ergebnisqualität dar. Die Ergebnisqualität bezieht sich auf die Gesamtheit der Einzelfallverläufe.</p> <p>Diese Vereinbarung soll Auskunft darüber geben, was wem wann, in welcher Form beiderseitig zur Verfügung gestellt wird.</p>
1.2 Vereinbarung zu Methoden der Auswertung und Indikatoren der Bewertung	<p>Hier wird geregelt, mit welchen Methoden die Daten des Dokumentations- und Berichtswesens zusammengeführt und anhand welcher Kriterien sie bewertet werden.</p> <p>Die Möglichkeiten der Methoden reichen von qualitativer Bewertung bis zum statistischen Vergleich. Sie können daher sein z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none">• Bewertender Prozess zwischen den Beteiligten• System über die Bewertung der Summe der Einzelfallverläufe <p>Es empfiehlt sich, dass sich die Vereinbarungspartner auf Indikatoren zur Zielerreichung einigen. Die Bewertungsmaßstäbe beziehen sich auf die Bereiche Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität und sind im Voraus zu vereinbaren.</p>

2 Verfahren

2.1 Der Bericht zur Qualitätsentwicklung	<p>Grundlage des Verfahrens zur Erstellung des Berichtes ist eine gemeinsame, einvernehmliche Festlegung zu seinen Strukturen, Inhalten und Zeiträumen.</p> <p>Als Vereinbarung zum Zeitplan empfiehlt es sich solche Zeiträume zu wählen, die es zulassen, dass die Ergebnisse in die Neuvereinbarung der Leistungen einfließen können.</p> <p>Der Bericht zur Qualitätsentwicklung wird auf der Basis des Berichtswesens erstellt.</p> <p>Im Bericht werden die vereinbarten Inhalte (1.1) des Berichtswesens systematisch dargestellt.</p> <p>Die Erkenntnisse aus dem Berichtswesens werden in Bezug zu den vereinbarten Indikatoren gesetzt.</p>
2.2 Gemeinsame strukturierte und regelhafte Reflexion und Bewertung	Vereinbarung zur gemeinsamen strukturierten und regelhaften Betrachtung, Reflexion und Bewertung des Berichts durch die Vereinbarungspartner.
2.3 Fortschreibung der Vereinbarungen	Vereinbarung zur Fortschreibung der Leistungserbringung. Benennung der Auswirkungen auf: Leistungsvereinbarung, Qualitätsentwicklungsvereinbarung und Entgeltvereinbarung.

Anlage 3 (im Frühjahr 2016 wird die Jugendhilfekommision dazu ein neues Kalkulationsblatt nebst Erläuterungen beraten)

Entgeltvereinbarung

gemäß §§ 78a ff. SGB VIII und der „Hessischen Rahmenvereinbarung“

Zwischen:

Öffentlichem Träger der Jugendhilfe

und

Leistungserbringer

Leistungsart:

Grundlage der Entgeltvereinbarung sind die Leistungs- und Qualitätsmerkmale, die in der

Leistungsvereinbarung vom _____ und

Qualitätsentwicklungsvereinbarung vom _____ festgelegt sind.

Die Kalkulation des Entgelts basiert auf einer

Auslastung von: _____ % und

_____ Basistagen je Platz und Jahr

Tagessatz / Jahresbudget _____ €

(nicht zutreffendes bitte streichen)

Der Betrag beinhaltet einen Satz von _____ € für betriebsnotwendige Investitionen.

Der Betrag beinhaltet einen Satz von _____ € für Nahrungsmittel
Maßgebend für Auszahlungen bei Abwesenheit und Eigenbedarfspauschale

Die folgende Entgeltvereinbarung Seite ____ bis _____ gilt

vom: _____

bis: _____

oder ab: _____

Öffentlicher Träger der Jugendhilfe	Leistungserbringer
Datum; Ort	Datum; Ort
Unterschrift	Unterschrift
Stempel	Stempel

Kalkulationsblatt		Tagessatz oder Budget	
(1) Name und Anschrift der Einrichtung / des Dienstes:			
(2) Träger der Einrichtung / des Dienstes:			
(3) Rechtsform:	(4) Trägergruppe:		
(5) Leistungsart:	(6) Betreuungsform:		
(7) Kalkulationszeitraum:	(8) Platzzahl:		
(9) Basistage je Platz und Jahr:	(10) Auslastung:		
	(11) Berechnungstage:		

		(12)	(13)
	Kostenarten	kalkulatorischer Aufwand in €	je Berechnungstag in €
Personalaufwand			
(14)	päd. Betreuung		
(15)	Hauswirtschaft		
(16)	Leitung		
(17)	Verwaltung		
(18)	Technische Dienste		
(19)	Sonstige Dienste		
(20)	Personalnebenkosten		
(21)	Summe Personalaufwand (14) bis (20)		

	Kostenarten	Kalkulatorischer Aufwand in €	je Berechnungstag in €
Sachaufwand Betreuung			
(22)	Nahrungsmittel		
(23)	Betriebsaufwendungen (incl. Wartung)		
(24)	Verwaltungsaufwand		
(25)	Betreuungsaufwand		
(26)	Aufwand für Ausbildungsbetriebe, Hilfsbetriebe		
(27)	Sonstiger Aufwand		
(28)	Summe Sachaufwand Betreuung (22) bis (27)		
Erlösabzüge Betreuung			
(29)	Sachbezüge für Personal		
(30)	Rückvergütung/Erstattung		
(31)	Erträge aus Arbeitsleistung für Dritte, Erlöse Hilfsbetriebe		
(32)	Betriebskostenzuschüsse		
(33)	sonstige Erlösabzüge		
(34)	Summe Erlösabzüge Betreuung (29) bis (33)		
(35)	Bereinigter Sachaufwand Betreuung (28) abzüglich (34)		
(36)	Bereinigter Aufwand Betreuung (35) zuzüglich(21)		

	Kostenarten	Kalkulatorischer Aufwand in €	je Berechnungstag in €
Gebäude und Inventar			
(37)	Instandhaltung: Gebäude, Einrichtungen und Außenanlagen (ohne Wartung)		
(38)	Zinsen		
(39)	Mieten/Pachten incl. Maklergebühren		
(40)	Leasing		
(41)	Abschreibungen Gebäude		
(42)	Abschreibungen bewegliche Anlagegüter		
(43)	Abschreibungen GWG bis 410,-- € zuzüglich MwSt.		
(44)	Summe Gebäude und Inventar (37) bis (43)		
Erlösabzüge Gebäude und Inventar			
(45)	Mieten und Pachten		
(46)	Auflösung von Investitionszuschüssen		
(47)	Summe Erlösabzüge Gebäude und Inventar (45) und (46)		
(48)	Bereinigter Sachaufwand Gebäude und Inventar (44) abzüglich (47)		
(49)	Bereinigter Sachaufwand (35) zuzüglich (48)		
(50)	Kalkulierter Aufwand (21) zuzüglich (49)		

Ort, Datum:

 Unterschrift

Erläuterungen zum Kalkulationsblatt

Anzugeben ist unter Nummer:

- (3) Rechtsform:**
z. B. e. V., Stiftung, GmbH
- (4) Trägergruppe:**
AWO, Caritas, DPWV, DRK, DW, JW, Kreis, Stadt u. a.
- (5) Leistungsart**
gemäß § 8 der Rahmenvereinbarung
- (6) Betreuungsform**
Genau Bezeichnung der Leistungsart z.B.: stationäre Heimerziehung, Betreutes Wohnen, Außenwohngruppe, etc.
- (7) Kalkulationszeitraum**
- (8) Platzzahl**
Als Platzzahl einer Einrichtung werden die in der Leistungsbeschreibung abgestimmten Plätze zugrunde gelegt. Die Bestimmungen des § 45 SGB VIII sind zu beachten
- (9) Basistage je Platz und Jahr**
Hier sind die Basistage für die Ermittlung der Betreuungstage anzugeben.
z.B.: 365 Tage stationär; 250 Tage teilstationär
- (10) Auslastung**

Der Auslastungsgrad wird für den Kalkulationszeitraum vereinbart.

Das wirtschaftliche Risiko der Einrichtungen und Dienste ist bei der Bemessung des Auslastungsgrades zu berücksichtigen, um ihnen wirtschaftliches Handeln zu ermöglichen.
- (11) Berechnungstage**
Die Berechnungstage werden wie folgt ermittelt:
 $\text{Platzzahl} \times 365 \text{ Tage} \times \text{Auslastungsgrad} = \text{Berechnungstage}$

Bei teilstationären Einrichtungen kann abweichend hiervon folgende Regelung gewählt werden:
 $\text{Platzzahl} \times 250 \text{ Tage} \times \text{Auslastungsgrad} = \text{Berechnungstage}$
- (12) Kalkulatorischer Aufwand**
Einzusetzen sind die prospektiv ermittelten Aufwendungen für den zugrunde gelegten Kalkulationszeitraum.

(13) Kalkulatorischer Aufwand bei Berechnungstag:

Sie sind zu ermitteln durch Division. Divisor ist die Zahl bei Nr. 11 eingesetzten Berechnungstage. Beträgt die 2. Stelle nach dem Komma vier und weniger, dann bleibt sie unberücksichtigt; beträgt sie fünf und mehr, dann ist die 1. Stelle nach dem Komma aufzurunden.

Berechnungsbeispiel

$$\frac{\text{Kalkulatorischer Aufwand, Ziffer 12}}{\text{Berechnungstage, Ziffer 11}} = \text{Kosten je Berechnungstag}$$

(14) - (19)

Der Personalaufwand ist nach den vorgegebenen Bereichen zu gliedern.

- a) Bruttolöhne, Bruttogehälter, Sonderzuwendungen und Lohn- und Kirchensteuer, wenn der Dienstgeber die Pauschalversteuerung zu seinen Lasten gewählt hat;
- b) Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen (Krankenkasse, Angestellten-, Arbeiterrenten- und Arbeitslosenversicherungen, Pflegeversicherungen);
- c) Beiträge zur zusätzlichen Altersversorgung einschließlich Pensionskassen, entsprechend dem Tarifwerk des jeweiligen Trägers. Für Träger, die nicht an eine öffentlich rechtliche Altersversorgung gebunden sind, ist Richtwert der ZVK-Beitrag für den öffentlichen Dienst;
- d) Trennungsentschädigungen, Umzugsvergütungen, nach hessischen Landesregelungen.

(20) Personalnebenkosten sind z. B.

- a) Beiträge zur Berufsgenossenschaft
- b) Ausgleichsabgabe
- c) Reisekosten, Fahrgelder, Tagungsbeiträge
- d) Berufsbezogene Fortbildung und Supervision
- e) Personalwerbung und Personalbeschaffung
- f) Gesetzlich erforderliche gesundheitliche Untersuchungs- und Vorbeugungsmaßnahmen
- g) Beihilfen nach hessischem Beihilferecht

(21) Personalaufwand:

Summe der Positionen (14) - (20)

Die Obergrenze der Personalaufwendungen der Einrichtungen richtet sich nach den Bestimmungen des Kommuntarifs (Eingruppierungsmerkmale/Vergütungstarif etc.)

(22) Nahrungsmittel

Aufwendungen für Verpflegung, Lebensmittel und Fremdversorgung (ohne Nahrungsmittelaufwand für Mitarbeiter)

(23) Betriebsaufwendungen

- a) Wasser
- b) Energie, Heizmaterial jeder Art (fester Brennstoffe, Öl, Gas)
- c) Treibstoffe und Schmiermittel
- d) Reinigungs- und Putzmaterial für Haus und Wäsche einschl. Hausverbrauchsmittel
- e) Gartenpflege einschließlich Pflanzen und Sämereien
- f) sonstige weitere allgemeine Betriebskosten
- g) gesundheitliche Betreuung
- h) Fremdreinigung
Haus- und Fensterreinigung durch fremde Betriebe
- i) Fremdwäscherei
Reinigung, Pflege und Instandhaltung der Kleider und Wäsche des Hauses sowie der Bewohner
- k) Steuern
Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer
- l) Öffentliche Gebühren,
z. B. für Kanal, Straßenreinigung und Müllabfuhr, Schornsteinfegergebühren
- m) betriebsnotwendige Versicherungen
- n) Zinsen für Betriebsmittelkredite
- o) Wartung

(24) Verwaltungsaufwand

- a) Bürobedarf, Drucksachen, Vordrucke, EDV-Kosten
- b) Porti, Kleinfrachten, Postscheck- und Bankgebühren,
- c) Telekommunikation
- d) Tagungen, Gästebetreuung, Repräsentationskosten
- e) Werbeaufwand
- f) Beratungskosten, Prüfungs-, Gerichts- und Anwaltsgebühren
- g) Fachzeitschriften
- h) Verbands- und Organisationsbeiträge
- i) sonstige allgemeine Verwaltungskosten
- k) fremde Dienstleistungen

(25) Betreuungsaufwand

- Aufwand für die Betreuung, kulturelle Bedürfnisse
- a) Bücher, Zeitschriften, Tageszeitungen
- b) CD's, Schallplatten, Filme, Video und sonstige Medien
- c) Rundfunk, Fernsehgebühren, GEMA-Gebühren
- d) Aufwendungen für Körperpflege und Friseur
- e) Veranstaltungen für Einrichtungen
- f) Vielseitige Freizeitbetätigungen, Ausflüge etc.
- g) Lernmittel
- h) Kosten für Fahrten mit Jugendlichen zu Ärzten, Gerichten u. a.

(26) Materialaufwand für Ausbildungs- und Produktionsbetriebe**(27) Sonstiger Aufwand****(28) Summe Sachaufwand Betreuung**
Summe der Positionen (22 – 27)

(29) Sachbezüge für Personal

Für die Bewertung der Sachbezüge gilt die Sachbezugsverordnung in der jeweils gültigen Fassung. (ohne Nahrungsmittel für Mitarbeiter)

(30) Rückvergütungen/Erstattungen

Zu berücksichtigen sind die Einnahmen, z. B. aus Verkäufen an Personal, die Einnahmen der Wäscherei für Personalwäsche, die Einnahmen aus privaten Telefongesprächen und dergl. mehr.

(31) Erträge aus Arbeitsleistungen für Dritte und Erlöse aus dem Verkauf von Produkten**(32) Betriebskostenzuschüsse****(33) Sonstige Erlösabzüge****(34) Summe Erlösabzüge Betreuung**

Summe der Positionen (29 – 33)

(35) Bereinigter Sachaufwand Betreuung

Summe Sachaufwand Betreuung (28) abzüglich Summe Erlösabzüge Betreuung (34)

(36) Bereinigter Aufwand Betreuung

Bereinigter Sachaufwand Betreuung (35) zuzüglich Summe Personalaufwand (21)

(37) Instandhaltung der Gebäude, Einrichtungen und Außenanlagen

1) Nur Kosten, die der laufenden Instandhaltung des Gebäudes, der Betriebseinrichtungen einschließlich des Fuhrparks, des Mobiliars und des Gerätes dienen.

Den Kalkulationsblättern ist eine Unterteilung beizufügen, aus der im Einzelnen der Instandhaltungsaufwand hervorgeht, getrennt nach Gruppen.

- a) Gebäude
- b) besondere Betriebseinrichtungen
- c) Ausstattung.

Die Kosten für Wartung sind unter der Position (23) Buchstabe o) zu kalkulieren.

- 2) Instandhaltung/Instandsetzung sind Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit und Betriebsbereitschaft eines Wirtschaftsgutes erhalten oder wiederherstellen. Die Kosten für das Ersetzen von Teilen eines Wirtschaftsgutes, die während der gewöhnlichen Nutzungsdauer ersetzt werden, sind Instandhaltung/Instandsetzung auch dann, wenn die Teile durch bessere, dem technischen Fortschritt entsprechende Teile ersetzt werden. Im Zweifel sind steuer- und handelsrechtliche Abgrenzungen maßgebend.
- 3) Nicht zum Instandhaltungsaufwand gehören solche Aufwendungen, die eine Wertverbesserung darstellen.
- 4) Hausmeisterservice (Fremdleistungen).

(38) Zinsen für Investitionsdarlehen und Erbbauzinsen**(39) Mieten, Pachten und Maklergebühren**

Die Höhe der Miete wird im Einzelnen vereinbart, entsprechend der Gegebenheiten vor Ort. Maklergebühren für vom Einrichtungsträger angemietete Wohnungen.

(40) Leasing**(41) Abschreibungen (AfA) Gebäude**

Die Abschreibungen richten sich nach den handelsrechtlichen Vorschriften. Abweichende Regelungen sind im Einzelfall möglich (entsprechend § 9 Abs. 2 der Rahmenvereinbarung ist dem Kalkulationsblatt ein Anlagenverzeichnis mit Abschreibungsplan beizufügen).

(42) Abschreibungen (AfA) bewegliche Anlagegüter

Die Abschreibungen richten sich nach den handelsrechtlichen Vorschriften. Abweichende Regelungen sind im Einzelfall möglich (entsprechend § 9 Abs. 2 der Rahmenvereinbarung ist dem Kalkulationsblatt ein Anlagenverzeichnis mit Abschreibungsplan beizufügen).

(43) Abschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) bis € 410,00.

Ersatzanschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern mit Anschaffungskosten bis € 410,00 ohne MwSt. werden im Kalkulationsjahr als Aufwand berücksichtigt.

Die Abschreibung richtet sich nach den handelsrechtlichen Vorschriften. Für Kalkulationen darf eine Obergrenze von € 410,00 pro Platz nicht überschritten werden.

(44) Summe Gebäude und Inventar

Summe der Positionen (37 - 43)

(45) Mieten und Pachten

Hier sind zu erfassen z. B. Einnahmen aus Mieten für an Mitarbeiter und an Einrichtungsbetreiber überlassene Wohnungen oder Zimmer in eigenen Gebäuden, von Fremden gezahlte Mieten, Garagenmiete, Pacht oder Miete für Kantinenbetriebe. Für die Bewertung gilt ebenfalls die Sachbezugsverordnung.

(46) Auflösung von Investitionszuschüssen**(47) Summe Erlösabzüge Gebäude und Inventar**

Positionen (45) und (46)

(48) Bereinigter Sachaufwand Gebäude und Inventar

Position (44) abzüglich Position (47)

(49) Bereinigter Sachaufwand

Position (35) zuzüglich Position (48)

(50) Kalkulierter Aufwand

Position (21) zuzüglich Position (49)

Anlage 4

**Einfache Berechnungsgrundlage
für die tarifliche Fortschreibung
der Entgeltvereinbarungen in der Jugendhilfe
gem. § 15 Abs. 2 der Rahmenvereinbarung**

Als Grundlage für die tarifliche Fortschreibung gelten die zuletzt zwischen der / dem Einrichtung / Dienst und dem örtlichen Träger der Jugendhilfe vereinbarten Beträge für die Sach- und Personalkosten (je Berechnungstag) aus dem Kalkulationsblatt bzw. die sich aus dessen Fortschreibung ergebenden aktuellen Beträgen.

Angaben aus dem Kalkulationsblatt der / des Einrichtung / Dienstes
bzw. die sich aus der Fortschreibung ergebenden Beträgen (berechnungstäglich)

Personalaufwand = Position 21 (Summe Personalaufwand) je Berechnungstag

Sachaufwand = Position 49 (Bereinigter Sachaufwand) je Berechnungstag

Beispiel Berechnung:

Bezeichnung	alter Tagessatz in €	Tarif in %	Tarif in €	neuer Tagessatz in €
Personalkosten (Position 21 je Berechnungstag)	100,00	2,50	2,50	102,50
Sachkosten (Position 49 je Berechnungstag)	25,00	1,50	0,38	25,38
Entgeltsatz	125,00		2,88	127,88

Für stationäre Einrichtung „Erstattung Verzehrgeld“ bei Abwesenheit
gem. § 19 Abs. 7 der Rahmenvereinbarung

Bezeichnung	alter Tagessatz in €	Tarif in % (Sachkosten)	Tarif in €	neuer Tagessatz in €
Nahrungsmittelsatz (Position 22 je Berechnungstag)	6,00	1,50	0,09	6,09

Berechnungsvordruck:

Bezeichnung	alter Tagessatz in €	Tarif in %	Tarif in €	neuer Tagessatz in €
Personalkosten (Position 21 je Berechnungstag)				
Sachkosten (Position 49 je Berechnungstag)				
Entgeltsatz				

Für stationäre Einrichtung „Erstattung Verzehrgeld“ bei Abwesenheit
gem. § 19 Abs. 7 der Rahmenvereinbarung

Bezeichnung	alter Tagessatz in €	Tarif in % (Sachkosten)	Tarif in €	neuer Tagessatz in €
Nahrungsmittelsatz (Position 22 je Berechnungstag)				

Anlage 5

Beispiel für die Kalkulation einer Fachleistungsstunde ausschließlich als Zusatzleistung im Rahmen stationärer und teilstationärer Leistungen

Diese Vereinbarung soll die einheitliche Grundlage für die Abrechnung von Fachleistungsstunden bilden. Sie bezieht sich ausschließlich auf Zusatzleistungen gemäß § 20 der Rahmenvereinbarung über die Gestaltung der Entgelte für die Kinder- und Jugendhilfe in Hessen. Die Werte sind jeweils von den Vereinbarungspartnern anzupassen.

I Die Fachleistungsstunde als Zusatzleistung

Das Leistungsangebot in Form von Fachleistungsstunden ist eine Dienstleistung zur Ergänzung durchgeführter Jugendhilfemaßnahmen.

Fallbezogene Tätigkeiten für und am Klienten sind alle unmittelbar fallbezogenen Tätigkeiten und Leistungen, die sich aus dem individuellen Hilfebedarf des Kindes / Jugendlichen oder seines Umfeldes von Art und Umfang her ergeben und die notwendig sind, dem erkennbar gewordenen Hilfebedarf zu entsprechen. Dazu können auch - näheres hierzu muss im Hilfeplan festgelegt werden - Leistungen gehören, die ohne Anwesenheit des Klienten, jedoch unmittelbar für ihn, erbracht werden (z.B. Gespräche mit Angehörigen, Schulen, Ärzten, Behördenkontakte usw., sofern nicht schon in den unter Punkt II. 1 genannten fallbezogenen Tätigkeiten berücksichtigt).

Grundlagen der Berechnung sind die zur Erbringung der Leistung betriebsnotwendigen Kosten eines Fachdienstes oder einer Einrichtung (Personal- und Sachkosten, sonstige Kosten) entsprechend der je Fachkraft in einem Jahr durchschnittlich erbrachten Arbeitszeit.

Die Stundenzahl der Einsatzzeit für die Klientel ist im Hilfeplan festzulegen.

Grundlage für die Berechnung ist die Zeitstunde mit 60 Minuten.

Berechnungsgrundlagen der Entgelte für Fachleistungsstunden als Zusatzleistungen

1 Ermittlung der für die Berechnung maßgeblichen Jahresarbeitszeit

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit

- incl. Schaltjahr 365,25 Tage ./ 7 Werktage -

(52,18 Kalenderwochen x 39 Std. wöchentliche Arbeitszeit) beträgt 2.034,96 Std.

Davon sind abzuziehen:

29 Urlaubstage	226,2 Std.	
10 Feiertage (incl. 24. und 31.12)	78,0 Std.	
5 Tage für Fortbildung	39,0 Std.	
<u>10 Krankheitstage</u>	<u>78,0 Std.</u>	
54 Tage		421,20 Std.

Verbleibende Jahresarbeitszeit 1.613,76 Std.
- umgerechnet in Arbeitswochen: 41,38 -

abzüglich Zeitaufwand in den verbleibenden 41,38 Arbeitswochen

- für **fallübergreifende Tätigkeiten**
(Teambesprechungen, Supervision , Planung)
2,5 Stunden je Woche x 41,38 = 103,45 Stunden

- für **fallbezogene Tätigkeiten**
(Vor- und Nachbereitung, Dokumentation,
Hilfeplangespräche, Fahrtzeiten bis 10 km Entfernung;
darüber hinausgehende Entfernungen sind nachzuweisen und
begründen individuelle Vereinbarung)
4 Std. je Woche x 41,38 = 165,52 Stunden

zus. 6,5 Stunden x 41,38 Wochen = 268,97 Std.

verbleibt eine bereinigte Jahresarbeitszeit von 1.344,79 Std.

Wie bei der Vereinbarung von Tagessätzen kann auch hier ein Auslastungsgrad festgelegt werden, der die Diskrepanz zwischen der Menge der möglichen Jahresbetreuungsstunden und der tatsächlichen Auslastung berücksichtigt.

Maßgebliche Jahresarbeitszeit: $\frac{1.344,79 \text{ Std.} \times \text{Auslastungsgrad}}{100} = \text{X Stunden}$

2 Kategorien von Fachleistungsstunden

Zu unterscheiden sind sozialpädagogische Fachleistungen (in der Regel auf der Grundlage der Vergütungsgruppe IV b BAT; *1) und therapeutische Fachleistungen (in der Regel auf der Grundlage eines Mittelwertes der Vergütungsgruppen I b/ II b BAT; *1).

3 Berechnung des Entgelts für Fachleistungsstunden als Zusatzleistung (face to face Stunde als Zusatzleistung umfasst 60 Minuten)

a) Personalkosten

Kosten einer Fachkraft	€
(Obergrenze Kommunal ist zu beachten)	
zuzüglich davon 10 % für Leitung und Verwaltung	€

zusammen	€

b) Sachkosten

in Höhe von 10 % der Personalkosten	€

Personal- und Sachkosten insgesamt:	€
(incl. Fahrtkosten bei Entfernungen bis 10 km einfache Strecke)	

Die Kosten für eine Fachleistungsstunde als Zusatzleistung betragen somit
(Personal- und Sachkosten insgesamt / maßgebliche Jahresarbeitszeit)

€

III Zahlung der Entgelte

Hinsichtlich der Zahlung der Entgelte gilt § 17 der Rahmenvereinbarung über die Gestaltung der Entgelte für die Kinder- und Jugendhilfe in Hessen entsprechend.

Bezüglich der Abgeltung von vereinbarten Fachleistungsstunden, die ohne Verschulden den des Leistungserbringers nicht zustanden kamen, sind zusätzliche Regelungen möglich.

*1) Teil 2 und 3 bleibt unverändert bis TVöD Eingruppierungsmerkmale festlegt

Anlage 6 (siehe extra word-Dokument)